

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 13

Sonntag, den 30. März

1913

## Verzollung ausländischer Arbeiter.

Die infolge des unerfättlichen Militarismus herausbeschworene fortwährende Finanzalamität des Deutschen Reiches treibt die sonderbarsten Pläne. Jeder davon ergriffene Patriot fühlt sich beflissen, Pläne auszuheden, die der Alalamität abhelfen sollen. Was dabei für dummes Zeug zum Vorschein kommt, das geht auf keine Kuhhaut, verdient aber meist auch kaum, eines Wortes gewürdigt zu werden.

Jüngst glaubte jedoch der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Jan Fegter, Landwirt seines Reichens, eine besonders glücklich spekulative Idee ausgebrütet zu haben und beglückte die Welt damit durch Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt“. Der Idee liegt folgender Vorschlag zugrunde. Jährlich kommen, so meint Fegter, zirka 1 Million ausländischer Arbeiter über die deutschen Grenzen, um in Deutschland Bohn und Brot zu suchen. Ein großer Teil davon wird durch Agenten ins Reich gezogen, um in der Landwirtschaft Verwendung zu finden. Das sind meist galizische und russisch-polnische Arbeiter, die für wahre Hungerlöhne den Großgrundbesitzern fronden müssen, da deutsche Arbeiter dem jankelischen Paradies in Ost-Asien durch die Landflucht entzogen sind und sich meist im Westen Deutschlands bei etwas höheren Löhnen niederlassen.

Herr Jan Fegter glaubt nun zwei Fliegen — vielleicht noch mehr — mit einer Klappe schlagen zu können und macht den Vorschlag, auf jeden der ein- und andernden ausländischen Arbeiter einen Zoll von 100 M zu erheben. Erstens, meint er, werden damit die Großgrundbesitzer gezwungen, mehr Aufwendung für Arbeitskräfte zu machen, weil sie resp. ihre Agenten natürlich den Zoll für die bezogenen Arbeiter tragen müssen; zweitens würde diese lästige ausländische Arbeiterkonkurrenz von den inländischen Arbeitern ferngehalten; drittens — und das ist für Herrn Jan Fegter die Hauptsache — fließen durch diesen Zoll der Regierung jährlich 100 Millionen Mark in die Reichskasse, es würde also leicht ein ansehnlicher Teil der Kosten für die geplante neue Heeresvermehrung gedeckt werden.

Es ist doch ergötzlich, zu sehen, wie in dieser Idee Naivetät, Unlogik und falsche Berechnung einträchtig beieinander wohnen. Ansehend hat der fortschrittliche Herr keine Ahnung davon, wie sein Vorschlag der Freizügigkeit, die übrigens durch Verträge der Staaten untereinander bis auf gewisse Fälle garantiert ist, Grenzen zieht. Denn die Fernhaltung der Konkurrenz von den inländischen Arbeitern bedeutet für die ausländischen Beschränkung oder Aufhebung der Freizügigkeit.

Herr Fegter wird darauf frischweg antworten: Was haben wir uns für ausländische Arbeiter zu sorgen? Mit Verlaub! Wie du mir, so ich dir! werden die Regierungen anderer Staaten sagen und die Freizügigkeit der deutschen Arbeiter in der gleichen Weise beschränken. Ist damit den deutschen Arbeitern gedient? Die Aufwerfung dieser Frage wird ein millionenfaches Nein! deutscher Arbeiter sofort herborrufen, denn es wandern auch deutsche Arbeiter aus — menngleich nicht mehr so zahlreich, wie in früheren Jahren. Wir könnten den Faden noch weiter spinnen und die sich immer mehr entwickelnde, durch keinerlei Grenzen aufzuhaltende Weltwirtschaft in ihren Grundzügen und Wirkungen als zwingendes Argument gegen den Plan vorführen, doch genügt es, an die nicht ausbleibenden Repressivmaßregeln des Auslandes erinnert zu haben.

Aber nun weiter! Wie denn, wenn die Großgrundbesitzer den Zoll auf ausländische Arbeiter zahlen — ist dann die Konkurrenz für die inländischen Arbeiter abgemindert? Nein! Nicht einmal die Aussicht auf höhere Löhne ist geschaffen, denn die Großgrundbesitzer werden den Zoll zu einem Teil aus den angeworbenen ausländischen Arbeitern herauszuschinden suchen, obwohl sie schon Hungerlöhne zahlen. Nebenbei werden sie auch suchen, diesen Zoll auf die Preise der Produkte aufzuschlagen und so sich schadlos halten.

Doch nun die Hauptsache. Wenn der Zoll wirklich die ausländische Arbeiterkonkurrenz beseitigte, oder den Zugang nur zu einem wesentlichen Teil fernhielte, wo bliebe denn dann die Hundertmillionen-Einnahme für das Reich, um die es doch Herr Jan Fegter in erster Linie zu tun war? Und wenn Herr Fegter sich schon an 50 Millionen genügen lassen und sagen würde, daß die Fernhaltung einer halben Million ausländischer Arbeiter doch einen Vorteil böte für die Deutschen, so wäre sein Vorschlag doch nichts anderes, als eine Stütze für das von den Lebensmittelmachern erzwungene Zollsystem. Im Prinzip ist er das gleiche Wiperrungsstück. In moralischer Hinsicht steht er noch

unter ihm, insofern, als er Menschen auf die gleiche Stufe mit verzollter Ware stellt. Auf die fortschrittliche Gesinnung, die doch eigentlich der freien Entwicklung das Wort reden sollte, wirft der reaktionäre Vorschlag ein bezeichnendes Schlaglicht.

Ebenso bezeichnend ist es jedoch, daß noch andere fortschrittliche Dichter den Vorschlag ernstlich zustimmend besprechen — ein Richter, Dr. S. nennt ihn im „Berliner Tageblatt“ sogar eine „sehr glückliche Idee“ — und dabei die verfahrensten Ansichten äußern. Einer will ihn dies, der andere jenes darauf ändern oder erweitern, alle aber bestärken durch ihre Faselien die vollständige Abwesenheit nationalökonomischer Kenntnisse.

Allen imponiert der Gedanke, auf diese Art dem Reiche 100 Millionen Mark zuzuführen, die bei dem steigenden Rüstungswahn doch nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Alle glauben, die „sehr glückliche Idee“ könne sie davor bewahren, ins eigene Portemonnaie tiefer greifen zu müssen zur Deckung der Kosten für die neueste Heeresvermehrung. Aber die Rechnung Jan Fegters hat noch ein anderes Loch. Deutschland beschäftigt nämlich nicht eine Million, sondern nur 481 000 ausländische Arbeiter.

So bricht der leichtfertige Plan zusammen. Und Herrn Jan Fegter kann außerdem der Vorwurf nicht erspart werden, daß er selbst durch seine Besessenheit, die Folgen des Rüstungswahns steuerlich zu mildern, den Rüstungsfanatikern einen Anreiz zur Fortsetzung ihrer Volksbedrückung und Volksauswanderung gibt. Wenn das aber am grünen Holze des Fortschritts geschieht, was soll da am blauen der Reaktion werden? —

## Jugend und Politik.

Immer mehr erregt der Kampf um die Jugend das lebhafteste Interesse der Öffentlichkeit, immer mehr wird man sich in den verschiedenen Lagern über die Notwendigkeit des Einflusses auf das heranwachsende Geschlecht klar, und immer größere und gewaltigere Mittel werden für diesen Kampf aufgewandt: ein Kampf, der wie viele andre Tatsachen die zunehmende Steigerung der Klassengegensätze beweist. Denn was ist der ganze Kampf um die Jugend zwischen Bürgertum und Proletariat anders, als eines der äußeren Zeichen des stetig größer, breiter und tiefer werdenden Kampfes um die politische und wirtschaftliche Macht, als eine Erscheinungsform des immer mehr die ganze Welt durchtösenden Klassenkampfes? Denn das fühlt doch nachgerade ein Blinder, daß die gesamten bürgerlichen Jugendorganisationen, mögen sie sich konfessionelle, nationale Jugendvereine oder sonstige nennen, so sehr sie auch nach außen hin religiöse, nationale oder sportliche Bestrebungen vertreten, letzten Endes doch vor allem den Zweck haben, dem jüngsten Sproß der modernen Arbeiterbewegung, der proletarischen Jugendbewegung, und damit dem vorwärtsschreitenden Proletariat das Wasser abzugraben.

Nun denn, unsere Brunnen sind so tief und die Quellen unserer Macht so unergründlich und unerschöpfbar, daß wir trotz all der riesigen Anstrengungen unserer Gegner keineswegs mit Sorge in die Zukunft zu blicken brauchen. Was nützt den herrschenden Klassen alle ideologische Beeinflussung der Jugend, wenn diese doch später durch die harten Tatsachen und bitteren Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Lebens in unsere Reihen geführt und dann nur um so fester und begeisterter in die Kampfesfront gestellt wird. Indes, kein kluger Streiter schätzt den Feind gering, und es wäre Torheit von uns, zu verkennen, daß die bürgerliche Jugendbewegung unserer fortschreitenden Entwicklung ein Hindernis ist, mit dem wir ernstlich rechnen müssen. Deshalb haben wir alle Veranlassung, die Jugendbestrebungen unserer Gegner aufmerksam zu beobachten.

Sehr interessant und beachtenswert ist ein anonym mit Germanicus gezeichneter Artikel in der Merikalen Zeitschrift *Sibirisch politische Blätter* für das latholische Deutschland, in dem unter Zustimmung der Redaktion nicht mehr und nicht weniger als eine offene politische Erziehung der Zentrumsjugend gefordert wird, obwohl bisher nicht nur die gesamte bürgerliche wissenschaftliche Pädagogik, sondern auch die führenden Zentrumskreise einhellig der Meinung waren, daß Jugend und Politik nichts miteinander zu tun hätten, und man sich in jenen Kreisen nicht genug über die angeblich politische Tätigkeit in der proletarischen Jugendbewegung enträsten konnte. In dem Artikel wird die Gefährlichkeit der liberalen und sozialistischen Jugendbestrebungen für das Zentrum geschildert und im Anschluß daran wird mit der alten Idee der Erziehungslehre, daß man die Jugend mit der Politik verflochten solle, ganz energisch aufge-

räumt. Die markantesten Stellen des Artikels geben wir im folgenden wörtlich wieder:

Die Jugend hat mit der Politik nichts zu schaffen. Andere denken anders. Während man sich auf unserer Seite um den politischen Nachwuchs nicht kümmert, ist die Sozialdemokratie rastlos an der Arbeit, sich das heranwachsende Geschlecht zu sichern. Wir stehen erst im Anfange der sozialdemokratischen Jugendbewegung, aber soviel ist heute schon gewiß: wo mit solchem Weitsicht und solcher Energie, mit so planvoller Zielstrebigkeit gearbeitet wird, da kann der Erfolg nie fehlen. Manche können sich nicht genug über die sozialistischen Jugendumzüge ereifern mit ihrer gewissenlosen Verheerung und Vergiftung junger Seelen. Naiver Bürgerjorn, der besser täte, vom Feinde zu lernen. Auf unserer Seite besteht hier ein Mißstand, der leicht verhängnisvoll werden kann und nachdrücklich bekämpft werden muß. Der überlieferte Spruch, Jugend und Politik hätten nichts miteinander zu schaffen, darf ruhig, ja muß zum alten Eisen geworfen werden. Er war eigentlich nie ganz richtig. . . . Und so sprechen wir es unbedenklich aus, unsere Jugend muß politisch erzogen werden, ja, als Zentrumsjugend mit allem Eifer und aller Sorgfalt politisch erzogen werden. Diese Forderung scheint uns so zeitgemäß und von solcher Tragweite und Wichtigkeit, daß sie nicht laut genug erhoben und in allen überzogenen Zentrumskreisen nicht eindringlich genug propagiert werden kann. . . . Unsere parteipolitische Zukunft hängt wesentlich von der sittlichen Entwicklung unseres Nachwuchses ab. Hier sind wir ganz auf die eigene Arbeit angewiesen.

Der Verfasser verlangt dann politische Elternabend und fordert, daß auch die Mädchen politisch erzogen werden. Der Mütter könne man für die Erziehung des politischen Jugend auch nicht länger entbehren.

Der Artikelschreiber ist sich bewußt, daß seine Ausführungen „außerhalb und innerhalb der Zentrumsparthei“ auf vielen Widerspruch stoßen werden. Das Zentrum wird offiziell jeden Zusammenhang mit dem Artikel bestreiten, schon allein wegen des berüchtigten Jugendparagrafen des Reichsvereinsgesetzes, der Jugendlichen unter 18 Jahren den Eintritt in politische Vereine und den Besuch politischer Versammlungen verbietet. Vor allem aber berührt das Zentrum nach außen hin jede politische Erziehung der Jugend, um sie desto ungeförter in seinen konfessionellen Jugendvereinen praktisch betätigen zu können.

In der Tat, man kann in der Frage: Soll man die Jugend politisch erziehen oder nicht? sehr verschiedener Meinung sein. Wir sagten schon einleitend, daß der ganze jetzige Kampf um die Jugend historisch beurteilt letzten Endes ein politischer Kampf ist, ohne daß dabei in den Jugendvereinen praktisch irgend welche politische Tätigkeit ausgeübt zu werden braucht. Stets noch ist die Erziehung und Bildung der Jugend ein Mittel der herrschenden Klassen gewesen, ihre Macht ansrecht zu erhalten. Wie die Sklavenshalter des Altertums, wie die Feudalherren des Mittelalters, so haben auch die modernen Unternehmer kein Interesse an der Bildung und geistigen Hebung der besitzlosen Volksmassen, wenn diese nur soweit „herangezogen“ werden, dem Kapital gute und befähigte Ausbeutungsobjekte zu liefern. Was ist heute die Erziehung in der Volksschule, in der Fortbildungsschule, in den bürgerlichen Jugendvereinen und bei dem Militär denn anderes, als eine Beeinflussung der heranwachsenden Generation im Geiste der besitzenden Klassen! Diese Erziehung muß notwendig mehr oder weniger politisch sein, wenn auch einige ideal veranlagte Erzieher glauben, Jugendarbeit nur um der Jugend willen oder aus Liebe zur Jugend zu treiben. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß es gar keine tendenzlose Erziehung gibt, und eine vom Gesichtspunkt des historischen Materialismus geschriebene Geschichte der Erziehungstätigkeit der Menschheit würde ein überaus klares Bild, eine wahre Perlenkette von sich aneinander reihenden Tatsachen für unsere Ansicht ergeben, daß die Erziehung und Bildung stets in erster Linie ein Herrschaftsmittel der besitzenden Klassen war.

Der politischen Erziehung der Jugend durch die herrschenden Klassen gegenüber muß natürlich die Heranbildung des Nachwuchses der Arbeiterklasse durch diese auch mehr oder weniger „politisch“ sein, ob man dies nun begrüßen mag oder nicht. Unseres Erachtens liegt aber gar kein Grund vor, eine derartige politische Erziehung der Jugend zu bedauern, es kommt nur darauf an, wie man den Begriff politische Erziehung auffaßt. Wir verstehen darunter eine Einführung der Jugend in die Wissenschaften der Historie und der Volkswirtschaft, in das Wesen der Verfassung und Gesetzgebung des Staates und die Erweckung des Pflichtgefühls der Jugend ten, mit dem Kampfe der Arbeiterklasse gegenüber den herrschenden



der Jugend in unserer Weltanschauung im weitesten Sinne des Wortes. Wir wenden uns dagegen aufs schärfste gegen jede parteipolitische Erziehung im engeren Sinne des Wortes. Es wäre vom pädagogischen Standpunkte aus auch völlig verfehlt, die sich noch mehr der heiligen Seite des Lebens erfreuenden Jugendlichen bis etwa zum 18. Lebensjahre in parteipolitische Kämpfe zu stellen. Dazu bleibt ihnen später noch Zeit genug.

Aus diesen Gründen kann man unserer Meinung nach auch grundsätzlich gegen die bisher zitierten Ausführungen des Herrn Germanicus nichts einwenden, wenigstens sie aus Indes ankommt, und das ist das Angehörige des Mittelalters, ist, daß die historisch-politischen Blätter eine direkt parteipolitische Erziehung der Jugend im engeren Sinne des Wortes verlangen. Ganz deutlich geht das aus dem Artikel hervor: „Die Gegner bemängeln und die feste Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Zentrums Partei für die Sicherheit und das Gelingen unserer religiösen, patriotischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in der Jugend zu schaffen, das sind die Hauptpunkte unseres politischen Erziehungsprogramms. Von der größten Notwendigkeit ist sodann, gelegentlich auf die stilles hohelose Bekämpfung des Zentrums in der geistlichen Presse und Agitation hinzuwirken. Von da ergibt sich dann die Charakteristik der Sozialdemokratie und des Liberalismus von selbst... Unser gebildeten Jugend muß in das Leben des Liberalismus hineingeleitet werden, damit sie ihn bald als die Partei der höchsten Moral, der nationalen Delibenz und als Schrittmacher des Umsturzes erkenne.“

Gegen eine solche parteipolitische Erziehung der Jugendlichen muß sich allerdings jeder ernst denkende Mensch erklären. Was aber das Schönste ist, der Verfasser hält nur eine parteipolitische Zentrums Erziehung für erlaubt, indem er schreibt:

Man wird sich über die pädagogische Angelegenheit entrüsten, daß die Jugend in den Jahren ihrer Unreife für politische Zwecke abgerichtet werden soll. Allerdings wenn wir eine politische Erziehung zum Liberalismus und zur Sozialdemokratie befürworten, oder auch nur als erlaubt hinnehmen, das wäre in der Tat ungeheuerlich. Die Zentrumspolitik ist eine Politik eigener Art... In solch stilles Streben und Tun wird man auch wohl die Jugend erziehen dürfen.

Eine derartige jesuitische Kasuistik bringt zweifellos nur ein geblöhter Zentrumsmanu fertig. Interessanter für uns ist jedoch die Forderung der parteipolitischen Erziehung der Zentrumsjugend, über die man sich allerdings auch nicht allzu sehr wundern wird, wenn man an die Erziehungspraxis des Jesuitenordens denkt, die in der Ausbildung jedes eigenen Willens besteht und deren Ideal der reinste Kadavergehorsam ist. Gegen dieses Erziehungsideal des Merkantilismus anerkennt der Sozialismus grundsätzlich das Erziehungsideal der deutschen klassischen Philosophie des Bürgertums, das die heute geistige Bourgeoisie allerdings längst zum alten Eisen geworfen hat, nämlich das oberste Moralprinzip, Kant's, das zugleich den höchsten Wert geläuterten, modernen und zukünftigen Menschentums ausdrückt, wenn es kategorisch verlangt, daß der Mensch nie nur als Mittel, sondern vor allem als Selbstzweck gebraucht werden soll.

## Rundschaun.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht der Hort der Reaktion. Die Hauptstütze der unterlichen Uebermacht in Preußen und im Reich ist das preussische Dreiklassenwahlrecht. Darüber herrscht bei unbefangenen Urteiler schon lange kein Zweifel mehr. Jetzt gibt es aber die „Kreuzzeitung“ auch ohne Einschränkung zu, indem sie freilich dem Dreiklassenwahlrecht die Aufgabe zulehrt, Deutschland vor der Revolution zu retten. Sie erklärt:

„Man sehe sich die Forderungen an, die Freisinnige und Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus vorbringen, man denke sie sich verwirklicht und man wird finden, daß im Staate Preußen kein Stein mehr auf dem andern ist. Was die protestantische Kirche in Deutschland noch ist, sie ist es durch Preußen. Die Monarchie in Preußen ruht auf der unerlöschlichen Machtstellung des Königs von Preußen. Was hier verloren geht, verliert das Reich. Alle die Hoffnung, der Sozialdemokratie einmal Herr zu werden, die überhaupt noch lebt, lebt vom Vertrauen auf Preußen. Gibt es einen Felsen, an dem das demokratische Narrenschiff der Zeit einmal scheitert, so ist es Preußen. Die Frage des preussischen Wahlrechts ist von der alles überherrschenden Frage des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gar nicht zu lösen. Aber wenn wir diese Position auch behaupten, darüber darf man sich nicht täuschen, daß sie nur eine allerletzte Aufnahmestellung bedeutet, wenn es zum Neubersten schon gekommen ist, daß es sich nur darum handeln kann, vielleicht von Preußen aus an staatlicher Ordnung in schweren Kämpfen zu gewinnen, was im Reich schon verloren gegangen ist, verloren, weil man es nicht festgehalten hat, da es noch Zeit war.“

Die Junter müssen wohl selbst ihre Position nicht mehr für sehr fest halten, wenn sie schon das Schreckensbild der Revolution an die Welt malen, um die Notwendigkeit der Erhaltung des Wahlrechts zu beweisen, das ihnen ein mehrerles Uebergevocht gibt. Preußen ist der Staat der Junter und als ihren Staat wollen die Junter Preußen erhalten wissen, damit er als Hort der Reaktion auch auf die Entwicklung in den übrigen deutschen Staaten drückt. Die „Kreuzzeitung“ vertritt ja im letztgenannten Satz auch deutlich, daß sie am liebsten gleich dem Reichstagswahlrecht an den Krage nunge. Da aber hier die Kraben doch zu hoch hängen, so soll wenigstens der „Fels“ der Reaktion in Preußen bis zum letzten verteidigt werden.

„Ich agrarisch. Von einer echt agrarischen Rücksichtlosigkeit gibt eine Zuschrift an die „Kreuzzeitung“ in Lohburg, einem Landstädtchen im Kreise Jerichow, Kunde. Das Blatt berichtete in seiner Nummer vom 13. März:

„Gestern mittag trafen vierzig polnische Saisonarbeiter auf dem hiesigen Bahnhof ein, die von der Landwirtschaftskammer in Halle für das Rittergut Sobud bestimmt waren. Dieses jedoch weigerte sich, dieselben schon jetzt anzunehmen, da seine Leute erst für Mitte März bestellt seien. So blieb den armen Fremden nichts weiter übrig, als vorläufig geduldi auf dem Bahnhofe zu warten, bis die Gutsverwaltung sich vielleicht schließlich eines besseren besinnen und die obdach- und vollstündig mittellose Leute gegen Abend aufnehmen würde. Aber es wurde dunkel, und als sich immer noch niemand über die Armen erbarnte, wurde ihnen schließlich im Schutraum unserer hiesigen katholischen Kirche Unterkunft gewährt und ebenso Abendbrot an die ganz ausgehungerten Leute verabreicht. Auf eine Anfrage des Wilars bei der Landwirtschaftskammer in Halle hat dieselbe vorgenannten Herrn, die Leute mit dem nächsten Zuge nach Magdeburg zu schicken.“

Zum Schaffen und Schinden sind die Saisonarbeiter den Agrariern zu genug, bringen sie ihnen doch Geld in die Taschen; aber im übrigen haben sie ihnen nicht entfernt den Wert eines Stück Viehes, beim das wird besser behandelt.

Die Volksgewalt für Angestellten-Versicherung sind nunmehr abgeschlossen. Auf die Liste der vereinigten Hauptauschussverbände sind 3603 Stimmen, auf die Liste der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten (verbunden mit der Liste des Vereins der deutschen Kaufleute) 258 Stimmen und auf eine polnische Liste 58 Stimmen entfallen. Infolgedessen stellt die Freie Vereinigung je einen ersten und zweiten Ersatzmann beim Verwaltungsrat und Rentenausschuß und je einen zweiten Ersatzmann beim Verwaltungsrat und Rentenausschuß und je einen zweiten Ersatzmann beim Schiedsgericht und Oberschiedsgericht. Das Ergebnis der Wahlen war nach dem Ausfall der Vertrauensmännerwahlen voranzuziehen. Obwohl die Freie Vereinigung rund 80 000 Stimmen und der Hauptauschuss 200 000 Stimmen auf ihre Vertrauensmännerkandidaten vereinigte, die Stimmenzahl also im Verhältnis von 1 zu 3 steht, besitzt sich die Zahl der erhaltenen Sitze im Verhältnis von 1 zu 14. Trotz des Verhältniswahlsystems ist durch eine unklare Wahlkreisenteilung, wie sie allenfalls noch beim preussischen Dreiklassenwahlrecht zu finden ist, die Minderheit auf das schwerste benachteiligt worden. Die Anhänger der Freien Vereinigung wohnen erklärlicherweise in den Großstädten, da drei Viertel aller Angestellten in den Groß- und Industriestädten zusammengebeordnet sind. Die wenigen Angestellten in den Landorten haben aber ebensoviel Vertrauensmänner zu wählen, wie die Orte mit starker Angestelltenbevölkerung. Dadurch haben diese Angestellten auf dem Grunde ein zehnmal so großes Wahlrecht. Durch die Wahlkreisgeometrie ist es also glücklich gelungen, den Anspruch der Freien Vereinigung, den sie ihrer Stimmenzahl nach erheben konnte, von einem Drittel auf ein Viertel herabzujabren.

**Diebst. und Spitzelhaftung durch eine Gelben-Firma.** Vor dem Schöffengericht in Hagen fand ein Prozeß statt, der die Firma Goldschmidt in Essen sehr kostspielig. Die Firma H. Goldschmidt A.-G. in Essen hat durch einen Kriminalkommissar a. D. Manowski aus Essen als Detektiv auskundschaften lassen, ob das Stahlwerk Wengern Patente von Goldschmidt verleiht. Der Detektiv hat sich durch einen Arbeiter ein Stück Metall fehlen lassen, das bei dieser Arbeit fabriziert wird. Er ist deshalb mit einem Arbeiter des Werkes wegen Diebstahls unter Anklage gestellt worden. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Alsbeyr Berlin. Wie mitgeteilt wird, wurde der zum Diebstahl verführte Arbeiter zu einer Gefängnisstrafe von einem Tage verurteilt, der Kriminalkommissar dagegen freigesprochen. — So geht es dem Arbeiter, der sich für solcher Geschäfte mißbrauchen läßt, er wird ins Gefängnis gesteckt, der Spitzel, der den Lohnanteil des Soldes einsteckt, wird freigesprochen. Die verantwortlichen Leiter der Firma Goldschmidt werden nicht einmal unter Anklage gestellt. Von Rechts wegen! Wir wollen weder der Staatsanwaltschaft noch den Richtern einen Streik daraus drehen. Sie können kann anders — unsere Gesetze sind einmal so — der Einfältige ist der Leidtragende und der Gerissene entwindet sich den Maschen des Gesetzes.

**Gelbe Wertvereine und Volksbildung.** In interessanten Auseinandersetzungen über die Frage, ob die gelben Wertvereine als Arbeitervereine betrachtet werden können, kam es kürzlich in Frankfurt a. M. in der Stadtverordnetenversammlung und in dem Frankfurter Ausschuss für Volksvorlesungen und dem genannten Ausschuss, einer neutralen Organisation, gehören eine Reihe Gelehrter und fast alle Gewerkschaften Frankfurts an, neben den freien Gewerkschaften auch die christlichen und die Hirsch-Dunderschen und andere Arbeitervereine. Den dem Ausschuss angehörenden Vereinen werden Referenten vermittelt und für ihre Mitglieder Eintrittskarten zu wesentlich ermäßigten Preisen für besondere Vorstellungen im Opera- und Schauspielhaus, Konzerte im Saalbau usw. zur Verfügung gestellt. In diesen Vergünstigungen wollten die Arbeitervereine der Gelben teilnehmen. Sie meldeten sich zur Mitgliedschaft bei dem Ausschuss an und beantragten besonders, daß ihnen für die Vorstellungen im Schauspiel- und Opernhaus Karten überwiesen würden. Als die Verwaltung des Ausschusses hierauf nicht gleich einging, beantragten nationalliberale Stadtverordnete in der Stadtverordnetenversammlung, daß der Magistrat beim Ausschuss für Volksvorlesungen für die Zulassung der Gelben eintreten solle. Die Legitimation zu diesem Vorgehen der Stadtverwaltung sollte die dem Ausschuss in Höhe von 20 000 M. gewährte Subvention der Stadt sein. Die Stadtverordnetenversammlung ging einer

Entscheidung aus dem Wege; sie wollte erst die Entscheidung des Ausschusses abwarten. Dieser hat sich in seiner letzten Plenarversammlung eingehend mit der Zulassung der Gelben beschäftigt. Mit wenigen Ausnahmen sprachen sich alle Vertreter gegen die Aufnahme der Gelben aus. Nicht nur die Vertreter der freien Gewerkschaften, die die weitaus stärksten Organisationen sind, wollten natürlich mit den Hirsch-Dunderschen der Unternehmer nicht in einer Bildungsanstalt mit anderen Organisationen zusammen sitzen, auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten, daß sie beim Ausschuss für Volksvorlesungen den Rücken kehren würden, wenn er die Gelben aufnehme. Auch ein Mitglied der Gelehrtenkommission des Ausschusses wollte von der Zulassung der gelben Wertvereine nichts wissen, weil sie keine Arbeitervereine und nicht freiwillig gebildet worden seien, sondern von den Unternehmern abhängig sind und von diesen materiell unterstützt werden. Den Schluß der Aussprache bildete die Annahme einer Resolution, in der gesagt wird, daß ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten mit den gelben Wertvereinen im Ausschuss für Volksvorlesungen unmöglich sei und daß von der engeren Kommission (die entscheidende Stelle des Ausschusses) erwartet werde, daß sie von dem ihr nach der Geschäftsordnung in jedem einzelnen Falle zustehenden Rechte der Ablehnung eines Gesuchs um Zulassung zum Kartenbezug solchen Wertvereinen gegenüber Gebrauch macht, um so mehr, als diese Vereine nicht freiwillige Vereinigungen ihrer Arbeitermitglieder, sondern von den betreffenden Firmen ins Leben gerufene Organisationen sind.

Die Resolution war von allen Richtungen und Parteien unterschrieben, unter andern von den Reichs- und Staatsarbeitern, den evangelischen Arbeitervereinen, dem Teufelverband, den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, den kaufmännischen Angestellten, dem katholischen Kartell, den freien Gewerkschaften usw.

## Eingekandt.

Nachdem nunmehr eine Reihe von Hoffkellen und auch einzelne Kollegen über den Beschluß des Vorstandes und Ausschusses betr. Auslegung des § 9 ihre Ansicht im Lokal-Arbeiter vereinigt haben, gestatte ich mir ebenfalls, den Raum derselben zur Verfügung zu geben, um meine Ansicht zu äußern.

Unzweifellos ist die Fassung des § 9 eine derartige, daß die Auslegung desselben sehr verschieden vorgenommen werden kann, aber besser kann man doch den Vorstand nicht verantwortlich machen, denn nicht er, sondern die Generalversammlung hat doch das Statut beschlossen.

Es liegt mir nun vollständig fern, mich mit diesen Zeiten als Verteidiger des Vorstandes aufspielen zu wollen; der wird wohl selber das Zeug dazu haben, um per gegebenem Fall über die Verantwortlichkeit seines Handelns plädieren zu können. Für mich handelt es sich darum: Ist die Auslegung des § 9, wie sie der Vorstand und Ausschuss vorgenommen hat, im Sinne der Generalversammlung die richtige? Und hier kann die Antwort nur lauten, „ja, wohl!“ Wenn die Kollegen, Hagedorn, Frankfurter usw. auch nur einem Augenblick bei ruhiger Ueberlegung sich der Mühe unterzogen hätten, die Fassung, welche der Generalversammlung zum § 9 vorgelegen haben, durchzulesen, so hätten sie einen Antrag darauf gestellt, welcher lautet: „Wichtig, welche durch verschiedene Maßnahmen eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen, sollen die Tage als arbeitslos bezeichnet werden. Mit diesem Antrag konnte die Generalversammlung sich nicht befassen, denn sonst hätte dieser Antrag im Statut stehen; es liegt doch sonst kein Grund vor, daß die Generalversammlung als arbeitslos bezeichnet werden soll.“ Dieser Fassung kann man auch nur zustimmen, denn im vorliegenden Sinne des Wortes sind solche Kollegen eben nicht arbeitslos. Als arbeitslos kann nur bezeichnet werden, welcher in Wirklichkeit arbeitslos ist und dann momentan nicht mehr, ob und wann er wieder Arbeit findet, wozu er dann, welcher auch die Tage, die er nicht mehr, dann und dem Tage rückt ich in meine Arbeitsstelle wieder ein. Es ist gar nicht zu verstehen, wie sich nun manche Kollegen, allen voran die Hagedornen, in einer derartigen Weise ausreden können. Als ich den ersten Artikel der Beschlüsse gelesen hatte, kam mir der Gedanke, daß dieselben über sehr beschränkte organisatorische und agitatorische Fähigkeiten verfügen müssen, denn sonst hätte sie doch nicht in ihrem ersten Bericht damit gedroht, im Falle der Nichtaufnahme an eine andere Presse (Hirsch-Dunderschen) zu gehen. Durch den Bericht in Nr. 9 des Lokal-Arbeiter wurde ich in dieser Auslegung noch bestärkt. In diesem Bericht fordert man sogar die Kollegen auf, zur nächsten Generalversammlung nur Delegierte zu wählen, welche sich verpflichten, den alten Vorstand und Ausschuss abzulösen. Ohne Zweifel ist es eine große Angelegenheit, die Kollegen zu etwas heranzureifen aufzufordern. Denn ein Kollege, welcher sich mit gebundenem Mandat zum Verbandstag belegen läßt, muß schon ein ziemliches Dummköpfe sein, wenn es erntet an praktischen Verständnis mangelt und welcher, während des Verbandstages beachtet, um eben mal auf einem Verbandstag sprechen zu sein, denn das ist ja das Einzige, was er tun kann, um sich zu zeigen. Aber das allgemeine Verbandsstatut steht. Haben die Hagedornen sich nicht einmal überlegt, wie ihr Bericht wirken? Dabei werden einmal daran gedacht, daß sie mit demartigen widerwärtigen Anforderungen diejenigen, welche noch nicht sehr lange her, direkt dazu angehalten, der Organisation mitzutreten zu werden? Wenn man sich nicht, welche die Kollegen zu haben, so habe ich auf dem Verbandstag, soll er sie über, aber dieselbe darf auch die allgemeinen Verbandsinteressen Rücksicht nehmen, und darf nicht in eine solche mit demoralisierende Schimpferei ausarten. Wie die Verhältnisse in Hagedorn liegen, weiß ich nicht, aber soviel habe ich aus früheren Berichten erfahren, daß den Hagedornen Kollegen aus jedem Fall zu raten ist, sich etwas mehr für die Organisation zu betätigen. 1010 gabte Hagedorn 15 Mitglieder und 1411 war es bereits auf 10 gelanten und nach dem Bericht in Nr. 9 zu urteilen, wollen schließlich von jeder Zahl noch drei oder vier Kollegen austreten, so daß schließlich dieses Dummköpfe auf neun gesamtamtungsmäßig dann hätten wir auch gleich die richtige Zahl Vorstandsmitglieder, und wenn sich zwei Anzahl Kollegen findet, welche sich mit gebundenem Mandat auf den Verbandstag schicken lassen, dann hat der Abgang unserer jetzigen Vorstandes und Ausschusses nichts mehr entgegen, und die mehreren Hagedornen können auf den Statut erheben und als neuer Vorstand proklamiert werden. Damit die Sache vollständig wird, können die Delegierten an die fünf Mitglieder in Frankfurt an denken, und diese Frankfurter Delegierten als Ausschuss wählen. Diesen Vorschlag habe ich mir erlaubt, selbst auf die Gefahr hin, vom Kollegen Teufel, Reubom, eine Rüge zu erhalten. Wenn der Kollege Teufel sich aber was zu der Unterstützung eines Ganzen in der Sache äußert, daß er anführt, wir haben 13 Satz, und daß jeder Ganzer freier oder lieber zu Hause werden kann, daß seine Tätigkeit ausfallen muß, er kann ebenfalls anführen, daß eine gewisse Anwesenheit habe, so möchte ich befragen, was aus folgendes aufzuführen, man die Organisation, welche jetzt angehalten sind, sind wir nicht auch verpflichtet, den Unternehmernverein „Arbeitsvereine“ als Mitglied beizutreten, das ist jetzt der Verband die Sache der Verteilung. Bei dem betreffenden Kollegen ist doch die Sache wesentlich anders; derselbe war nicht angeht, hat also überhaupt keine Bezug auf Spiel gestellt, und der er nun kann er und die Gane Verden und Ueber zusammengelegt worden sind, hat man den Kollegen Hagedorn für diesen Satz gemacht, so daß ein Umkehrer übrig blieb. Was es da vom Vorstand richtig gesehen, wenn er so gebandelt hätte, wie es einige Kollegen versprochen? Welche hat seine Schuldigkeit getan, das habe ich nicht



## Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgeperrten Tabakarbeiter in Holland!  
Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland,  
Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11,  
Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen,  
doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

## Die Tabakarbeiterin.

Ich fühle täglich in meinen Händen rauhen die toten Blätter  
lebendiger  
Felder, über die eine große Sonne steht, die ich nicht kenne.  
Nur ihr Atem glüht mir entgegen aus dem Duft trockener Blätter,  
deren Raseln zwischen meinen schnellen Fingern wie laises Weinen  
ist.

Wie das laise, trostlose Weinen mutterverlassener Kinder,  
und ich denke an mein Kind zu Hause, das ich jeden Morgen ver-  
missen muß,  
um hier im großen Fabrikssaal jahrein, jahraus aus den gemordeten  
Kindern

fremder Väter Spielzeug zu formen für Millionen Lippen.  
Viele, unzählige, vielleicht Meere anfüllende Blätter  
wollen aus meinen Händen,  
Blätter, die in ihrer Helmat nicht die Wärme und Frucht  
ihres Mutterstrauches schmecken dürfen.

Und ich schaue meine Kind,  
wie es unter teilnahmslosen Menschen  
sich nach der Mutter sehnt,  
deren sorgenden Blick es nur des Nachts neben sich fühlt.

O ihr armen, armen Blätter und du mein armes, armes Kind!  
Hier sitzt eine, die eure tote und lebende Sehnsucht kennt, die in der  
Einsamkeit ihrer Gedanken euren nahen und fernem Weinen lauschen  
muß.

Alle Tage, viele lange Stunden.  
Oft ist es mir, als hätte ich mein schmerzbares Herz  
mit den Blättern unter meinen stinken, harten Fingern  
und formte daraus ein Spielzeug  
für fremde, kalte Lippen. Alfons Beyold.

## Mehr Kampforganisation.

Viele unserer Mitglieder mögen sich in letzter Zeit  
nicht wenig mit der Frage beschäftigt haben: Genügt der  
Deutsche Tabakarbeiter-Verband zur Zeit allen Anforderun-  
gen einer auf der Höhe stehenden Kampforganisation?  
Alle jene, die sich um die Verbesserung der Lage der Ta-  
bakarbeiter in erstem Stadien bemühen, werden mit den  
Erfolgen kaum zufrieden zu sein. Nicht etwa, daß man  
sagen könnte, unsere Organisation hätte nicht das erfüllt,  
was sie versprochen. Blicken wir auf die Kämpfe, die der  
Deutsche Tabakarbeiter-Verband in den letzten Jahren ge-  
führt hat, zurück, so ist mit Fug und Recht zu behaupten,  
daß wir einen bedeutenden Schritt gewerkschaftlicher Ent-  
wicklung vorwärts gemacht haben, daß die Erfolge, gegen  
frühere Jahre gemessen, doch entschieden beachtenswerter  
geworden sind. Dieses Ergebnis unserer gewerkschaftlichen  
Arbeit gibt uns aber noch nicht das Recht, die Hände in  
den Schoß zu legen in dem beschaulichen Gedanken, daß es  
wohl in demselben Tempo ohne Mühe weiter gehen  
wird.

Worauf beruht die Stärke einer gewerkschaftlichen  
Organisation? Die Antwort ist sehr einfach: Darauf, daß  
sie ständig Rücksicht nimmt auf die Gestaltung der beruf-  
lichen oder allgemein-wirtschaftlichen Verhältnisse! Eine  
Gewerkschaft, die weder in der einen oder anderen Weise  
Rücksicht auf die Entwicklung der Dinge nimmt, wird in  
ihren Erfolgen unbedingt allmählich zurückgedrängt wer-  
den. Ist doch das Bestehen unserer modernen Gewerk-  
schaften erst durch die kapitalistische Wirtschaftsweise be-  
dingt, so daß es durchaus berechtigt erscheint, daraus zu  
schließen, daß den verschiedenen Phasen der kapitalistischen  
Entwicklung ebenfalls Rechnung getragen werden muß.

Wie steht es nun in der Tabakindustrie? Selbstver-  
ständlich geht auch hier die kapitalistische Entwicklung ihren  
Gang, dem auch die Entwicklung unseres Verbandes ge-  
folgt ist. Aber mehr als irgend eine Industrie wird die  
Tabakindustrie beeinflusst von gesetzgeberischen Maßregeln,  
die mehr als einmal zur stärksten Erschütterung führten.  
Den stärksten Eingriff machte das Wertsteuergesetz. Die  
organisierten Tabakarbeiter sind sich darüber klar gewesen,  
daß dieser Eingriff für sie schlimme Folgen haben würde.  
Was befürchtet wurde, ist natürlich eingetroffen. Bei der  
Eigentümlichkeit in Produktion und Handel mußte  
eine Steuer wie die Wertsteuer die Lage der Tabakarbeiter  
ganz besonders ungünstig beeinflussen. Auffällig ist nun,  
obgleich durch zahlreiche Entlassungen und durch Beschrän-  
kung der Arbeitszeit eine erhebliche Not über die Tabak-  
arbeiter bei Eintritt der Steuer hereinbrach, daß die In-  
dustrie erst jetzt beginnt, systematisch ihre Einrichtungen der  
höheren Belastung anzupassen. Mehr denn je werden jetzt  
Betriebe verlegt, sucht man nach Filialen, mehr denn je  
werden in Gegenden mit den billigsten Arbeitslöhnen  
bessere Sorten hergestellt; mehr denn je sucht man die  
Löhne durch größere Ausnutzung der Arbeitskraft zu  
drücken, bezw. am Aufsteigen zu hindern. Zunächst dürfte  
die Tabakarbeiterchaft wohl des Glaubens sein, daß nach  
ein paar Jahren die schlimmsten Folgen der Wertsteuer  
überwunden sein würden, und daß über das schwere Unge-  
mach die vom Reichstag gewährten Millionen und die  
Hilfe des Verbandes hinweghelfen konnten. Der Glaube  
hat uns betrogen. Die Wertsteuer war für die Unter-  
nehmer der Anreiz, die Produktion kapitalistischer zu ge-  
stalten und alle Maßnahmen, die uns sonst schon im ge-

werkschaftlichen Fortschritt hinderten, zu forzieren. Und  
die paar Millionen Staatshilfe waren bald aufgezehrt.

Wenn aber ein größerer wirtschaftlicher Druck auf  
uns lastet, so muß das in Art und Zahl unserer Kämpfe  
wieder zum Ausdruck kommen. Es darf aber nicht ver-  
gessen werden, daß auch die allgemeine Teuerung ein wich-  
tiger Faktor bei der Betrachtung unserer gewerkschaftlichen  
Aufgaben ist. Da das Einkommen der Tabakarbeiter nied-  
riger als das der meisten anderen Arbeiter ist, leidet diese  
Arbeitergruppe unter der Teuerung ganz besonders; und  
wenn dann weiter, wie oben bereits dargestellt, Berufs-  
verhältnisse einen Aufstieg hindern, dann macht sich bei den  
Betroffenen ein natürliches und starkes Bedürfnis nach  
energischerem Vorgehen bemerkbar. So ist denn auch zu  
bemerkten, daß trotz der ungünstigen Lage im Beruf die  
Kämpfe zur Eringung besserer Löhne, die der Tabak-  
arbeiter-Verband im Vorjahre zu führen hatte, verhält-  
nismäßig zahlreich waren. Das Bedürfnis nach besseren  
Lohn- und Arbeitsbedingungen wird sich angesichts der  
Lage der Tabakarbeiter nicht in dem bisherigen Rahmen  
halten, wird darüber hinaus müssen.

Und nun kommt der entscheidende Punkt: Genügt  
der Deutsche Tabakarbeiter-Verband den  
Aufgaben, die er künftig zu erfüllen hat?  
Die Grundlage unseres gewerkschaftlichen Zusammen-  
schlusses ist die Verbesserung der Lohn- und  
Arbeitsbedingungen. Wer etwas anderes be-  
hauptet, hat das Wesen unserer Gewerkschaftsbewegung  
nicht begriffen. Macht es sich notwendig, mehr als bisher  
auf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse  
einzuwirken, so ist es mehr als dringend erforderlich, die  
Organisation nach diesen Erfordernissen auszubauen und  
einzurichten, sie auf die für diesen wichtigen Zweck notwen-  
dige Höhe zu bringen. Die Eringung besserer Lohn- und  
Arbeitsbedingungen in höherem Maße als bisher löst na-  
türlich auch zahlreichere und größere Kämpfe aus, erst recht  
in unserem Beruf, da steuerliche Belastung und gewerbliche  
Nichtständigkeit uns hindern in den Weg treten. Die  
grundlegenden Einrichtungen unseres Verbandes  
sind derselben Art, wie sie in anderen Gewerkschaften auch  
zu finden sind; sie haben sich auch bewährt. Es drängt  
sich aber die Frage hervor, ob das Verhältnis der Einrich-  
tungen unseres Verbandes zueinander nicht einer Umdeu-  
tung bedarf, wenn wir die uns bevorstehende große Auf-  
gabe, eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Ta-  
bakarbeiter herbeizuführen, auch wirklich lösen wollen. Und  
da wollen wir gerade heraus bekennen, daß die Mittel, die  
der Deutsche Tabakarbeiter-Verband für den Kampf zur  
Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, also für  
die Erfüllung seiner vornehmsten Aufgabe, zur Verfügung  
stellen kann, künftig keineswegs genügen. Eine Organi-  
sation, die den Verhältnissen nicht Rechnung trägt, ver-  
liert nach innen und außen an Wert. Zwingen die Ver-  
hältnisse unseres Berufs in Verbindung mit der allge-  
meinen wirtschaftlichen Lage die Tabakarbeiter zu stürmische-  
rem Vorgehen, mag es in der Offenheit oder Defensiv-  
sein, mühte man jene als Trottel schelten, die zusehends  
in alter Weise schlendern wollen. Eine Organisation, die  
die Verhältnisse, denen zu begegnen sie berufen ist, sich  
über den Kopf zusammenschlagen läßt, wird zunächst nur  
noch ein Scheindasein führen, schließlich aber ohnmächtig  
am Boden liegen. Angesichts der Lage der Tabakarbeiter  
behaupten wir, daß unsere Organisation mehr als jede  
andere Ursache hat, eine hervorragende Kampfposition ein-  
zunehmen.

Heute liegen die Dinge in unserem Verbands so, daß  
wir zuviel Mittel für einige Unterstufungsabteilungen auf-  
wenden, die dem Kampf natürlich entzogen werden. Ge-  
wisshaben diese Unterstufungen eine wohlthätige Wirkung  
und sie heftigen, würde durchaus nicht im Interesse des  
Verbandes liegen. Sehen wir aber nach anderen Verbänden  
hinüber, so erkennen wir, daß man dort bestrebt ist,  
im höchsten Falle ein Drittel der Verbandsausgaben  
für die nicht für den eigentlichen Kampf gewährten Unter-  
stützungen aufzuwenden. In unserem Verbands wird weit  
mehr dafür aufgewendet. Das kann auf die Dauer  
nicht gehen, da dem Verband sonst die eigentliche Grund-  
lage, die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhält-  
nisse, entzogen wird. Der Gedanke des reinen Unter-  
stützungsvereins dürfte auch kaum noch Anhänger in der  
freiorganisierten Tabakarbeiterchaft finden. Der Deutsche  
Tabakarbeiter-Verband hat im Verhältnis zu den geleisteten  
Beiträgen gegenüber den übrigen Organisationen  
sehr viel für reine Unterstufungszwecke angegeben.  
Dagegen möchte nicht viel einzuwenden sein, so lange der  
Kampf nicht größere Anforderungen stellt; aber wenn der  
Drang der Tabakarbeiter nach Verbesserung der Löhne, ge-  
trieben durch die Verhältnisse, immer mächtiger wird, muß  
dem unbedingt Rechnung getragen werden. Schließlich  
ist doch die bessere Lebenshaltung für den Einzelnen das  
Wichtigste.

Wo sich die Dinge so zuspitzen, wie in der Tabak-  
industrie, muß die Organisation, wenn sie schlagfertig und  
auf der Höhe sein will, große Summen als Kampffonds  
im Hinterhalt haben. Wir dürfen nicht bei jedem Kampf  
von einiger Bedeutung an die übrigen Arbeiter appellie-  
ren. Der Feind wird uns zunächst nach unserer eigenen  
Kraft und Leistungsfähigkeit abschätzen. Zur Zeit und  
noch gar bei gesteigerter Notwendigkeit zum Kampf ist aber  
an einen größeren Kampffonds nicht zu denken.  
Fassen wir also zusammen: Mehr Kampf, mehr  
Mittel für den Kampf, und sei es auf Kosten der übrigen  
Verbandsabteilungen. Die Lebenshaltung der Tabak-  
arbeiter muß höher werden! Es kann nicht mehr so  
weiter gehen!

## Wer beschimpft die Religion?

Als wir in Nr. 7 des Tabak-Arbeiter einige Worte  
zu der Ermordung des österreichischen Reichsratsabgeord-  
neten Schuhmeier schrieben, waren wir uns darüber klar,  
daß die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung ihrer Gemohn-  
heit gemäß mit den üblichen Niederträchtigkeiten nicht hin-  
ter dem Berge halten würde. Ueber die Tat und über den  
Lebensgang des Mörders, des Christlich-Sozialen Paul  
Kunzsch ist in der Tagespresse, aller Parteien soviel Un-  
günstiges geschrieben worden, daß wir nicht nötig hatten,  
gegenüber dem „Christenblatt“ noch irgend ein Wort zu  
verlieren. Die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung lebt  
nun einmal von der Arbeiterzersplitterung und der ge-  
wissenslosen Ego, so daß sie auf Achtung nirgends An-  
spruch machen kann. Auch jene Kreise spuden vor ihr aus,  
die sonst wohl die Arbeiterzersplitterung zu schätzen wissen.  
Vom Verräter kriegt eben kein Rabe.

Wenn wir uns dennoch vorgenommen hatten, ge-  
legentlich auf den Artikel der „christlichen“ Tabakarbeiter-  
Zeitung zurückzukommen, so war der Grund hierzu die mit  
ebenso viel Behagen als Niedertracht aufgestellte Behaup-  
tung, wir hätten in unseren Neuerungen die Religion be-  
schimpft. So albern diese Behauptung auch ist, so gibt sie  
uns doch willkommenes Gelegenheit, unsere und die Stel-  
lung unseres Verbandes zur Religion zu besprechen, und  
zwar noch deutlicher, als es in unserem Artikel zur Er-  
mordung Schuhmeiers geschah.

Wir setzten in dem betreffenden Artikel auseinander,  
daß, wenn bei Menschen in ihrer Auffassung des Lebens  
und seiner Aufgaben ein Unterschied gemacht werden solle,  
immer jene am höchsten stehen, die ein Zukunftsproblem  
beseitigt. Wörtlich schrieben wir dann:

Es ist deshalb auch nicht angelegentlich, von einer stillsch-  
weigenden Position derjenigen zu reden, die heute im christlichen Lager zu  
finden sind. Die christliche Kirche ist nicht mehr das, was sie in  
ihren Anfängen war, eine Glaubenskraft für alle, die es ernst meiner  
mit dem Fortschritt der Menschen. Im christlichen Lager finden sich  
merkwürdigerweise alle jene, die ein Interesse daran haben, daß sich  
möglichst viele andere Menschen sklavisch in Not und Jammer unter-  
werfen. Unabwählig sei betont, daß wir wahre Religiosität nicht  
mit dem, was man heute als christliche Betätigung kennt, ver-  
wechseln. So haben denn die Christlichen ihren Kunzsch und sollen  
uns nicht damit kommen, daß sie andere und besser geartete, durch  
ihre christliche Betätigung aufwärts geführte Wesen wären.

Nur die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung konnte  
daraufhin schreiben: „Dieses Blatt (der Tabak-Arbeiter)  
bringt es in seinem unbezähmbaren Haß gegen alles, was  
christlich heißt, fertig, aus dem Fall eine allgemeine  
Beschimpfung der christlichen Religion zu  
machen. Diese soll es sein, aus der solche  
Taten erwachsen. Ein solcher Vorwurf ist so un-  
geheuer, daß unsere Leser hieraus wieder einmal er-  
sehen, wie dieser „freie“ Verband die religiöse  
Ueberzeugung christlicher Arbeiter ach-  
tet.“ Auf diese Art geht es in dem Artikel des „Christen-  
blattes“ noch eine Elle weiter.

Daß wir uns nicht deutlich genug ausdrückten, wird  
niemand behaupten wollen; daß die „christliche“ Tabak-  
arbeiter-Zeitung uns nicht verstehen konnte, ist ihr bei  
ihrer Verschlagenheit nicht zuzutrauen. Es handelt sich für  
das „Christenorgan“ darum, seinen Lesern vor dem Deut-  
schen Tabakarbeiter-Verband das Ungeheuer beizubringen;  
würde es die Wahrheit bekennen, so würden die Mitglieder  
des „christlichen“ Tabakarbeiter-Verbandes ruhig werden  
und ihre wirtschaftlichen Interessen bei uns am besten ge-  
fördert sehen. Um letzteres zu verhindern, muß die Tabak-  
arbeiter-Zeitung ihren Lesern die Verleumdung aufstücken,  
daß wir die Religion beschimpfen.

Kann nun irgend ein Mensch, der unsern Artikel nicht  
mit den schlechtesten Hintergedanken der „christlichen“ Ta-  
bakarbeiter-Zeitung anzunehmen wollte, behaupten, daß wir  
darin die Religion beschimpft haben? Wir konnten unsere  
Wappenheimer und schrieben deshalb noch ausdrücklich,  
„daß wir wahre Religiosität nicht mit dem, was man heute  
als christliche Betätigung kennt, verwechseln.“ Wir haben  
eine viel zu hohe Meinung von der Ueberzeugung anderer,  
gleichviel, welcher Art dieselbe auch ist, als daß wir dar-  
über schimpfen oder spotten könnten. Wir wären die Letzten,  
die anderen ihre religiöse Ueberzeugung zu verfechten. Unser  
Kampf gilt nicht Personen, sondern der Sache und wir  
wissen sehr genau zu erwägen, daß eine rohe Verleumdung der  
Ueberzeugung anderer niemals zu dem gewünschten Ziele,  
zur Gewinnung für unsere Zwecke führt. Man kann auch  
schlechthin eine scharfe Klinge führen, ohne persönlich zu ver-  
letzen. Etwas, das freilich die „christliche“ Tabakarbeiter-  
Zeitung unter ihrer gegenwärtigen Leitung nie und nimmer  
begreifen wird.

Unser Standpunkt ist und wird immer bleiben, daß  
die Religion aus dem gewerkschaftlichen  
und politischen Kampfe fernzubleiben hat.  
Für uns sind Gewerkschaftsbewegung in unserem Sinne  
und Religion keine Gegensätze. Es kann jemand tief reli-  
giös und doch in unserem Sinne ein Kämpfer sein. Wir  
sind sogar der Meinung, daß ein ernst religiöser Mensch,  
der das Gebot praktischer Nächstenliebe zu erfüllen bestrebt  
ist, zu uns kommen wird und muß. Ist doch die Lehre  
des Nazareners auf Nächstenliebe und praktischer Aus-  
übung derselben begründet, so daß auch die ersten Christen-  
gemeinden auf kommunistischen Einrichtungen beruhten.  
Der Artikelschreiber der „christlichen“ Tabakarbeiter-  
Zeitung schreit sich und sein Blatt als mit der Religion,  
insbesondere mit dem Christentum, übereinstimmend zu  
betrachten. Wir haben aber doch eine höhere Meinung  
von Religion und christlicher Lehre, als daß wir das Ge-  
heuren dieses Blattes und seines Leiters als christlich an-



Wesen und reines Ethos des Wortes anerkennen können. Was heute alles als christliche Bekätigung ausgegeben wird, ist sehr oft mit Religion und Christentum nicht im Einklang zu bringen. Die „christliche“ Bekätigung mancher Menschen ist nichts weiter als ein Geschäft, wozu die Religion die Kosten der Kasse tragen muß. Überall muß die Firma das Wort, aber auch nur das Wort, „christlich“ zeigen, während die Taten das Gegenteil von christlicher Nächstenliebe beweisen. Die offizielle Kirche ist zur Herrndienerei geworden und tut alle jene in den Damm, die nicht auf den Grundhau schwören: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Die christliche Glaubenslehre nach den Intentionen ihres Schöpfers und seiner Apostel ist eine Religion der Armen und Unterdrückten; heute ist die „christliche“ Kirche eine Einrichtung des Staates und, da die Besitzenden die Staatsgeschäfte in der Hand haben und zu ihrem Vorteil ausnützen, muß sie auch den Zwecken dieser Leute dienen. Leider spielt die Ueberlieferung und Gewohnheit bei den Menschen eine zu große Rolle, sonst würden die Armen und Elenden an dem, was heute offiziell als Religion und Christentum ausgegeben wird, keinen Geschmack finden. Weshalb werden heutzutage gerade die Armen zu Tausenden der offiziellen Kirche abtrünnig? Sind das etwa alles jeder religiösen Empfindung bare Menschen? Sie wollen eben praktisch an der Verbesserung der Glückseligkeit der Menschen mitarbeiten. Finden sich dann noch gar am Stande der Armen und Unterdrückten heraus Leute, die, aneinen Herzens und Sinnes, Religion und Christentum für die Zwecke der Herrschenden mißbrauchen, so läßt das weitere ehrlich strebende Menschen von der offiziellen Kirche, in deren Namen das alles geht, ab. Doch wie gesagt, mit Religion im besten Sinne des Wortes und mit wirklichem Christentum hat solches Tun natürlich nichts gemein. Und so ist es denn auch eine Einbildung der „christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung und ihres Leiters, sich für Vertreter von Religion und Christentum zu halten. Diesen Talmidchristen, die vom Christentum nur die Judasrolle übernommen haben, wird natürlich immer unsere Verachtung gelten.

Beschimpfung der christlichen Religion wirkt man uns vor! Wären jene, die uns diesen Vorwurf machen, ernste Christen, deren Ueberzeugung auch ein Andersdenkender achten muß, sie würden sich nicht täglich der schwersten Gotteslästerung schuldig machen. Oder ist es für einen wirklichen Christen keine Gotteslästerung, wenn diese Leute täglich die christliche Glaubenslehre vor ihren armseligsten Karren spannen und als Aushängeschild für ihre gewöhnlichsten Interessen benutzen? Wir wollen die Religion aus dem Spiele lassen! Das ist jedenfalls sittlich höher, als daß wir die innersten Gefühle eines Menschen durch Hineinzerren in den wirtschaftlichen, beruflichen oder politischen Kampf verletzen. Für uns besteht gar kein Bedürfnis, als Gewerkschaft den Kampf zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf religiös-philosophischem Gebiet auszutragen. Es würde praktisch absolut nichts dabei erreicht werden. Wäre es nicht so, dann müßten die „christlichen“ Gewerkschaften Erfolge über Erfolge aufzuweisen haben, statt dessen ist ihr Dasein fast ausschließlich aufgegangen in dem Bestreben, sich nur zu behaupten. Religion und Christentum haben gegen das Streben der Armen und Unterdrückten, aufwärts zu steigen auf materiellem und geistigem Gebiete nichts einzuwenden; das wahre, ursprüngliche Christentum will die Menschen zu schönem, gottähnlichem Wilde gestalten mit der Berücksichtigung, daß sich die materiellen Verhältnisse dem Glücke aller Menschen unterzuordnen haben. Daran ändert der Grundsatz der „christlichen“ Herrndienerei unserer Zeit: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben nichts.

Wir haben nun vorstehend unsere Stellung und damit die Stellung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu Religion und Christentum grundsätzlich dargelegt. Man prüfe und urteile, ob unsere Auffassung, dem sich unser praktisches Handeln anschließt, von niedriger Gesinnung gegen Religion und Christentum getragen ist, so daß wir aus solchen Gefühlen heraus überhaupt niemals zu einer Beschimpfung derselben kommen könnten. Hätten wir uns aber wirklich einer solchen Beschimpfung schuldig gemacht, so wäre die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung am allerwenigsten berufen, uns darüber Vorwürfe zu machen, denn ihr Christentum gleicht jenem der Phariseer, die Christus einst zum Tempel hinaudwarf.

### Mitteilungen aus dem Beruf.

**Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion des Herzogtums Anhalt.** Im Jahre 1911 wurden in der Zigarrenindustrie des Herzogtums Anhalt 65 Betriebe mit 542 Arbeitern gezählt; davon waren Arbeiter über 16 Jahren 219, Arbeiterinnen über 16 Jahren 280, jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren a) männliche 17, b) weibliche 23, und 3 Knechte unter 14 Jahren. Zuzwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 2 ermittelt, die sich auf mangelnde Anzeigen und Anhänge bezogen. Andere Zuzwiderhandlungen wurden nicht ermittelt. Bezüglich Durchführung der bundesrätlichen Vorschriften heißt es im Bericht: „In einigen meist kleineren Anlagen zur Herstellung von Zigarren wurden Verstöße gegen die Bundesratsbestimmungen vom 17. Februar 1907 vorgefunden. In 7 Anlagen fehlten die vorgeschriebenen Anhänge, in 2 waren der Anstrich von Wänden und Decken mangelhaft, in 1 Fall fehlte der heizbare Trockenraum.“ An einer anderen Stelle wird gesagt: „In einer Zigarrenfabrik wurde eine ältere an Lungentuberkulose leidende Arbeiterin vorgefunden, deren Entlassung veranlaßt werden mußte und die jetzt von der betreffenden Gemeinde eine Unterstüßung erhält.“

**Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen.** Die Zigarrenindustrie des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen zählte im Jahre 1911 4 Anlagen mit 147 Arbeitern, die der Gewerbeinspektion unterstellt waren. Von diesen 147 Arbeitern waren männliche Arbeiter über

10 Jahren 24, Arbeiterinnen über 16 Jahren 100, jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren a) männliche 7, b) weibliche 9, und 1 Mädchen unter 14 Jahren. Zuzwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen sind 3 ermittelt worden, davon betrafen 2 Fälle Anzeigen und Anhänge und 1 Fall mit 6 Beschäftigten betraf die Dauer der Arbeitszeit. Verstöße gegen die Bestimmungen wurden nicht ermittelt. Einer Zigarrenfabrik wurde gemäß § 106 c Wf. 3 der Gewerbeordnung die Genehmigung für Reinigungsarbeiten an 15 Sonntagen und Vorabenden von Festtagen erteilt.

**Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt.** Der Gewerbeinspektion des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt waren im Jahre 1911 4 Anlagen zur Herstellung von Zigarren mit 145 Arbeitern unterstellt. Von den 145 Arbeitern waren 18 männliche und 121 weibliche über 16 Jahre; 8 weibliche Arbeiter standen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Zuzwiderhandlungen wurden keine ermittelt. Irgendwelche Bemerkungen über die Zigarrenindustrie finden sich im Bericht nicht.

**Die Aussperrung der holländischen Tabakarbeiter.** Trop der Einigung, die zwischen den Amsterdamer Fabrikanten und den organisierten Tabakarbeitern stattfand und eine Lohnerhöhung mit sich brachte, haben sich die Amsterdamer Fabrikanten mit ihren übrigen Kollegen solidarisch erklärt und ihre sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. Uebrigens ein beachtenswerter Umstand auch für die deutsche Tabakarbeiterchaft. Im Süden Hollands, wo der katholische Fabrikantenverein und der christliche Tabakarbeiterverband dominieren, ist eine Aussperrung nicht erfolgt. Die katholischen Fabrikanten haben zunächst eine Lohnzulage von 5 Prozent gewährt; weiter ist von diesen Organisationen eine gemeinschaftliche Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse eingesetzt. Wie bei uns, so reden auch die holländischen Unternehmer bei jeder minimalen Lohnforderung von einem Kampf der Arbeiter um die Macht. Die Aussperrung zeigt aber nur zu deutlich, auf welcher Seite man um die Macht kämpft. Trotzdem in den bereits seit langer Zeit vor der Aussperrung stattgefundenen Beratungen und Verhandlungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern von den Fabrikanten eine Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter als notwendig anerkannt worden ist, wollen sie nun, da die Organisationen, verbunden durch ihr gemeinschaftliches Programm, an einigen Orten Ernst machten, die Organisation mit brutaler Faust unterdrücken. Sie hoffen die Tabakarbeiterchaft durch Hunger und Kummer, die sie durch die allgemeine Aussperrung über die Arbeiter und ihre Familien zu bringen gedachten, ein für allemal niederzujagen. Ueberall dieselbe Nummer. Aber die holländischen Tabakarbeiter sind Hunger und Kummer gewohnt und werden den Geplänkelungen prohenhafter Fabrikanten, wie sie es bisher getan haben, weiter energischen Widerstand entgegenzusetzen. Und die deutsche Tabakarbeiterchaft erkennt aus eigener Erfahrung, daß der Kampf in Holland, nachdem er durch die Fabrikanten rücksichtslos heraufbeschworen, nun auch seitens der Tabakarbeiter durchgekämpft werden muß. Wie die holländischen Tabakarbeiter ihr Scherlein zur Abwendung der Machtgäfte unserer Unternehmer im westfälischen Kampf beisteuerte, so werden die deutschen Kollegen jetzt durch ihr Scherlein Vergeltung üben.

### Die Volksversicherung.

Nachdem nun am 16. Dezember 1912 die „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, begründet worden ist, halten wir die Volksversicherung im allgemeinen und, nach erfolgter Genehmigung, über die „Volksfürsorge“ im besonderen zu bringen.

Auf keinem Gebiete herrscht heute noch eine so große Unklarheit in weiten Volkskreisen, wie auf dem der Versicherungswissenschaft. Die großen Versicherungsgesellschaften haben wohl für ihre funktionäre eigene Organe herausgegeben, den großen Massen aber jedes eingehendere Kenntnis über das Versicherungswesen vorenthalten; Gewerkschaften und Genossenschaften dagegen werden mit Erfolg ihren Beschluß, die Volksversicherung in die Hand zu nehmen und sie ihres kapitalistischen Charakters zu entkleiden, nur durchführen können, wenn sie bei ihren Mitgliedern Aufklärung, Wissen über die Volksversicherung verbreiten. Bei dem großen Interesse, welches der „Volksfürsorge“ in den Mitgliederkreisen der Gewerkschaften und Genossenschaften entgegengebracht wird, dürfen wir wohl hoffen, daß unsere Leser unseren Entschluß, der Volksversicherung in unserem Blatte regelmäßig einen besonderen Raum zu widmen, mit Freuden begrüßen und unsere Darlegungen lesen werden, um später — ausgerüstet mit den nötigen Vorkenntnissen — werbend für die „Volksfürsorge“ wirken und den Machinationen ihrer Gegner wirksam entgegenzutreten zu können.

**1. Zur Entwicklung der Volksversicherung in Deutschland.** Der Begriff „Volksversicherung“ ist kein feststehender, und zwar deshalb nicht, weil sich die Grenzen zwischen der Lebensversicherung im allgemeinen und der Volksversicherung nicht ziehen lassen. Die Bezeichnung „Volksversicherung“ ist neueren Datums. Man sprach anfangs von einer Arbeiter- oder Arbeiterkassenversicherung und gebrauchte zum Unterschied von der Lebensversicherung, bei der die Mindestversicherungssumme auf 1000 M oder 1500 M festgesetzt war, auch den noch heute üblichen Ausdruck „Leine Lebensversicherung“. Obgleich gesetzlich nicht festgelegt, ist die Bezeichnung „Volksversicherung“ heute allgemein gebräuchlich.

Bei der sogenannten „großen Lebensversicherung“ waren die minderbemittelten Volksschichten völlig ausgeschlossen, weil bei ihr entweder einmalige Zah-

res- oder Quartalsprämien vorgeesehen waren. Die großen Lebensversicherungsgesellschaften trugen anfänglich Bedenken, die Volksversicherung einzuführen, weil sie an eine Rentabilität und einen Erfolg nicht glaubten. Den ersten Versuch, auch die armeren Volksschichten zur Lebensversicherung heranzuziehen, machte 1854 eine englische Gesellschaft, die „Prudential Insurance Company“. Der Erfolg, den sie mit der Einführung einer Arbeiterversicherung erzielte, war ein enormer; die Zahl der abgeschlossenen Versicherungen wuchs gemaltig, so daß schon im Jahre 1900 bei der „Prudential“ mehr Versicherungen im Kraft waren, als ganz Großbritannien Haushaltungen zählt.

Erst als in Deutschland die großen Lebensversicherungsgesellschaften erkannten, daß mit der „Volksversicherung“ ein Geschäft zu machen sei, bequemen sie sich zu ihrer Einführung. Bis dahin hatten sie die Aufgabe, für die unteren Volksschichten zu sorgen, den Sterblichen überlassen, die sich aus den mittelalterlichen „Gilden“ entwickelt hatten, und welche beim Todesfälle den Hinterbliebenen ihrer Mitglieder kleinere Unterstüßungen zur Deckung der Begräbniskosten und zur Ueberbrückung der ersten Not gewährten.

Die Sterblichen beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit; die Mitglieder waren verpflichtet, gemeinsam die Kosten für die Auszahlung des statutarisch festgestellten Sterbegeldes zu tragen. Da sie lediglich für einen beschränkten Personenkreis, in der Regel nur für bestimmte Berufe, gebildet waren, und bei vielen es an dem nötigen Bezug jüngerer Leute mangelte, waren sie mehr und mehr gezwungen, entweder ihre Leistungen herabzumindern, oder die Beiträge zu erhöhen, ein Umstand, den die großen Lebensversicherungsgesellschaften beim Uebergange zum Betriebe der Volksversicherung geschickt auszunutzen verstanden. Ihnen war es nicht darum zu tun, die Mängel der Versicherung der Arbeiter, welche sich bei vielen Sterblichen herausgestellt hatten, zu beseitigen, die Kapitalisten, die sie bei der großen Lebensversicherung angehäuft hatten, in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; sie scherten sich den Teufel am Prinzipien, um das Mitbestimmungsrecht der Versicherten; sie entschieden sich erst dann für die Volksversicherung, als durch die Praxis in England festgestellt war, daß durch deren Inangriffnahme eine gute Verzinsung ihres Kapitals und ausreichende Dividenden für die Aktionäre zu erzielen seien.

Nach mehreren, von einigen Gegenseitigkeitgesellschaften unternommenen, nicht sehr erfolgreichen Versuchen, auch den Minderbemittelten die Vorteile einer Lebensversicherung zugänglich zu machen, entschloß sich im Jahre 1882 die Aktiengesellschaft „Friedrich Wilhelm“ in Berlin, die Arbeiterversicherung zu organisieren. Die von der „Friedrich Wilhelm“ hierfür geschaffenen Grundlagen sind für den Begriff der Volksversicherung maßgebend geworden. Es sind dies:

1. der Wegfall der ärztlichen Untersuchung;
2. die Einführung von Wochen- oder Monatsprämien;
3. die Festsetzung der höchstzulässigen Versicherungssumme auf 1500 M;
4. der Einschluß der Kriegerversicherung in die Versicherung ohne Extraprämie.

Der „Friedrich Wilhelm“ folgte zehn Jahre später (im Jahre 1892) die „Victoria“ Lebensversicherungsgesellschaft zu Berlin, die infolge ihrer territorial begrenzten Organisation die „Friedrich Wilhelm“ bald gewaltig überflügelte. Im Besitze dieser beiden großen Aktiengesellschaften befinden sich heute über drei Viertel des gesamten Volksversicherungsbestandes.

Zur Veranschaulichung der Entwicklung der Volksversicherung diene nachstehende Tabelle, bei welcher wir die Aktiengesellschaften vorangestellt haben und dann vier Gegenseitigkeitgesellschaften folgen lassen. Die Unterstüßung ist aus dem Grunde notwendig, weil die letzteren keine Dividende an Aktionäre, die Rothensburger und der Stuttgarter Verein auch keine Lantienmen an Vorstand und Aufsichtsrat zahlen.

Volksversicherungsbestand.

	Zahl der Versicherungen		Versicherungssummen	
	Ende 1900	Ende 1911	Ende 1900	Ende 1911
<b>Aktiengesellschaften:</b>				
Victoria .....	1 628 551	3 687 072	319 583 828	802 089 471
Friedrich Wilhelm ..	1 123 159	2 794 971	168 179 794	427 038 992
Wilhelma .....	19 759	193 274	4 807 539	51 275 856
Deutschland .....	68 470	281 793	18 122 576	40 797 887
Hamburg, Mannheim	9 878	70 943	3 137 832	18 978 807
Leutonia, Leipzig ..	18 281	98 941	4 641 648	13 880 018
Urania, Dresden ..	16 880	75 226	2 298 766	18 282 683
Urania, München ..	24 823	184 742	8 768 209	23 793 725
Preussische Lebensvers.	2 738	4 101	1 590 879	2 678 067
Vereinsbank, Düsseldorf	—	14 320	—	8 516 788
Bayr. Versch.-Bank ..	4 477	2 087	1 248 487	681 776
<b>Summa ..</b>	<b>2 911 966</b>	<b>7 235 470</b>	<b>580 248 878</b>	<b>1 597 746 375</b>
<b>Gegenseitigkeitsgesell.</b>				
Rothensburger .....	219 336	297 248	64 221 669	125 920 233
Thuna, Halle .....	70 878	354 838	11 290 226	58 411 874
Schlesische Lebensvers.	—	190 817	—	52 598 471
Stuttgarter Verein ..	41 757	49 825	9 279 751	11 552 688
<b>Summa ..</b>	<b>331 971</b>	<b>822 228</b>	<b>84 791 646</b>	<b>226 266 916</b>
<b>Aktiengesellschaften ..</b>	<b>2 911 966</b>	<b>7 235 470</b>	<b>580 248 878</b>	<b>1 597 746 375</b>
<b>Gegenseitigkeitsgesell.</b>	<b>331 971</b>	<b>822 228</b>	<b>84 791 646</b>	<b>226 266 916</b>
<b>Zusammen ..</b>	<b>3 243 937</b>	<b>8 057 698</b>	<b>665 040 524</b>	<b>1 824 013 291</b>

Für das Jahr 1900 sind die vorstehenden Zahlen dem Werke von Dr. Hans Rahl: „Die Reform der Volksversicherung“ entnommen; seit dem Jahre 1900 haben einige Gesellschaften die Volksversicherung wieder eingeführt. Diese hinzugezogen, erhalten wir für



Das Jahr 1900 einen Versicherungsbestand von 8 889 810 Policen mit einer Versicherungssumme von 643 051 048 Mark. 8 Millionen Volksversicherungen im Jahre 1911 bedeuten, daß auf jeden achten Deutschen eine Versicherung entfällt; nehmen wir die große Lebensversicherung hinzu, so entfallen auf je 100 Personen in Deutschland 15,53 Policeninhaber. Weit in den Schatten gestellt wird Deutschland von England und Amerika. In England kommen auf je 100 Personen 68,5, in Amerika 33,15 Policeninhaber.

## Bewegungen im Beruf.

**Kopenhagen.** Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gelündigt worden. Vor Zugung nach Dänemark wird streng gewarnt.

**Amsterdam.** Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitsverweigerung kam. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zugung nach Holland wird streng gewarnt.

**Braunschweig.** Bei der Firma Frey & Schurig sind Differenzen ausgebrochen.

## Eingefandt.

Es tut mir natürlich leid, daß ich in Sachen des § 9 im Tabak-Arbeiter mitgeredet habe. Durch die Erwiderung der 9 - Bergelung; mehrere Kollegen von Behrend - geben diese leid, wie es in Ihren Köpfen aussieht. Es ist schade um den Namen des Tabak-Arbeiter zu solchen Sachen. Jeder Satz hebt den vorhergehenden fast wieder auf. So schreiben die „Mehreren“, daß sie die Beiträge der Geldmangel abermals erhöhen würden, während sie sich andererseits die Beiträge schwer abbordern müssen, wie sie sagen. Ich habe noch nicht erlebt, daß hohe Beiträge ein gutes Agitationsmittel für die Gewerkschaft bedeuten, welche die niedrigste bezahlten Arbeiter hat. Doch durch Erhebung von Extrabeträgen jeder Verband an Mitglieder einbüßt, ist doch auch bekannt. Will ich den Vorstandsbeschluss - und wie ich aus dem Tabak-Arbeiter ersieht habe, mit noch viele Kollegen - für angebracht und nützlich halte, soll ich den Verband schädigen? Welch sonderbare Idee! Mich wundert nur, daß die Behendener nicht meinen Ausschluss beantragen. Weiter will ich kein Vorstand gewählt werden, um eine Stellung zu erhalten. Diese Behendener! Ich stehe 12 Jahre in der Arbeiterbewegung, ich weisse aber sieben bezahlten Posten solange zurück, als ich in dieser Bewegung noch Elemente finden, welche einem Beamten seines Lohns in schiefster Weise vorhalten. Ob die „Mehreren“ mich für schuldig halten oder nicht, ist mir schnuppe. Mir dient zur Genugtuung, daß die Kräfte der Arbeiterbewegung nicht für schuldig hält, Kenner zu bezeichnen, und zwar in der Gewerkschaft, Partei, Krankenkasse und beim Gewerbeamt. Aber alles Ehrenposten, liebe Behendener!

Daß wir es durch eigene Willenskraft fertig bringen, nützen Jahrzehnte so zu gestalten, daß wir auf die fröhliche Unterstützung berechtigten können, scheint den Behendener Kollegen ein Wunder zu sein. Und wenn man mich in geschäftiger Weise mit einem Probus vergleicht, so will ich gegen solche Gleichmaßigkeit nicht weiter eifern, aber mit Sachlichkeit haben derartige Verurteilungen jedenfalls nichts zu tun.

Doch zum Schluss. Die Behendener machen mir das Angebot, mir ihre Namen brieflich mitzuteilen. Nachdem ich die Gepflogenheiten dieser „Mehreren“ zu kritisieren kennen gelernt habe, verziehe ich gern auf die werten Namen. Ich kann es ihnen nachfühlen, daß sie sich schämen, eine derartige Kampfesweise der Deutschtätigkeit gegenüber mit ihrem Namen zu bezeichnen.  
Heusslag a. D. Ernst Meusel.

## Zur Streitfrage.

Spenderbar berührt es einen, wenn man jetzt wünschentlich seinen Tabak-Arbeiter zur Hand nimmt und die Polemiken über die Auslegung des § 9 durch den Vorstand verfolgt. Ohne auf alle Eingekündigte einzugehen, müssen wir erst einmal untersuchen, wodurch der Vorstand genötigt war, vor Weisungen die Bestimmungen über Arbeitslosigkeit und Aussetzen bekannt zu geben. Die Hamburger Generalversammlung hat beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an zu zahlen. Dieser Beschluss ist meines Erachtens ein großer Fehler gewesen, welchen gutzumachen, die außerordentliche Generalversammlung gezwungen sein wird im Interesse des Fortbestehens und der Weiterentwicklung unseres Verbandes. Als der Beschluss gefasst wurde, konnten Delegierte und Vorstand noch nicht voraussehen, daß derselbe solche Folgen zeitigen würde, wie wir sie jetzt erleben haben durch Aussetzen der Arbeit, das noch nie zuvor gesehene Dimensionen angenommen hat. Während früher bei schlechtem Geschäftsgang und übernormalem Lager die Arbeitszeit verkürzt wurde, oder jedem Arbeiter ein bestimmtes Pensum pro Woche aufgegeben wurde, wird heute die Sache einfacher gemacht, man setzt kurzhand aus. Ein Teil unserer Kollegen wehrten sich auch gar nicht dagegen, wenn nur das Aussetzen nicht allzulange dauert, da ja vom ersten Tage an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß auch mit häufigem, nur kurze Zeit andauerndem Aussetzen unsere Kasseeverhältnisse erschüttert und unsere Aktionsfähigkeit unterbrochen wird. Das ist gerade der Zweck dabei, durch Aussetzen unsere Kasse lahm zu legen. Haben die Fabrikanten das erreicht, dann lachen sie sich ins Häuschen. Sie bekommen ihre Zigarren weiterhin für ein paar Betreffende gewagt, haben aber nicht das sichere Gefühl, für längere Zeit von Lohnbewegungen verschont zu werden. Eine Organisation, die den größten Teil ihrer Einnahmen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben muß, ist nicht in der Lage, die notwendigen Lohnkampfe zu führen. Das müßten nicht nur unsere Unternehmer wissen, sondern das sollten vor allen Dingen auch unsere Kollegen begreifen. Statt der Kampfschärfe des Verbandes nicht ganz verloren gehen, dann werden die Kollegen allorts sich aufreihen und Stellung nehmen müssen, wenn ausgelegt werden soll. Es muß mit dem Fabrikanten verhandelt werden, ob es sich nicht anders einrichten läßt; ja, es muß unterzucht werden, ob überhaupt die Notwendigkeit vorliegt, aussetzen zu lassen. Ich glaube, daß bei dieser Unterzucht sich nicht immer die Notwendigkeit konstatieren lassen wird; es wird oftmals bloß Willkür sein.

Wollen wir unsere Kasse so austauen - für das sie ein Teil unserer Mitglieder heute schon anseht, daß die Kollegen in periodischen Abständen regelmäßige Arbeitslosenunterstützung abgeben, dann wären wir kein Verband mehr, sondern lediglich eine Sparkasse. Die Sparkassen ausgebaut sind, dürfte wohl das allermeisten Kollegen bekannt sein; es wäre dann nicht möglich, mehr zu geben als was ein Mitglied von einem Mal zum andern wieder eingezahlt hat. Kein einseitiger Kollege wird wohl die Willkür haben, es dahin kommen zu lassen. Soll die Zustimmung befehlen, die die Unterzucht vom ersten Tage an weiterzugeben, dann werden wir eine sehr hohe Beitragsschuldung zu erwarten haben. Wie hoch dieselbe sein wird, darüber kann ich mir heute noch kein Urteil erlauben, dazu muß man die Abrechnung von 1918 erst einmal gesehen haben. Unsere Beiträge sind meiner Meinung nach nicht gerade niedrig zu nennen, die Kollegen werden wohl kaum in der Lage sein, noch höhere zu zahlen. Folglich müssen wir versuchen, aus diesem Alament herauszukommen; wir werden Mittel und Wege finden, das Lebensgefühl des Verbandes auch durch diese Kruppe zu retten.

zum Wohle der gesamten Mitgliedschaft und zum Wohle unseres Verbandes.

Auf die Schreibweise des Schreibens „mehrere Kollegen Behendens“ würde ich gar nicht eingehen, wenn derselbe nicht wieder in seiner letzten Erwiderung einen Teil unserer pflichtgetreuen tätigen Kollegen in einer Weise anrempelt und persönlich zu verunglimpfen sucht; wie er es schon in allen seinen Aufsätzen bisher getan hat. Wir lassen uns gegen eine derartige Schreibweise ganz entschieden vernehmen, damit nach außen hin nicht der Anschein erweckt werden kann, als wären die Tabakarbeiter allerorts auf einer geistig so niederen Kulturstufe, wie es bei dem Schreiber von Behendens der Fall ist. Dem Schreiber von Behendens muß klar gemacht werden, daß eine derartige Schreibweise bei uns Tabakarbeiter bis jetzt nicht üblich war; wir dürfen davon nicht zurückweichen, und wenn derselbe zehnmal droht, in die bürgerliche Presse mit seinem Unrat abzuwandern. Der Schreiber von Behendens sucht mit seinen Weisungen und Erwiderungen die Ehre der Verbandskollegen zu erschüttern und zu untergraben, er schließt somit das Wohlergehen, Gedeihen und die Fortentwicklung des Verbandes. Ich ermahne von ihm, daß er sich in seiner Schreibweise mäßigt und die Persönlichkeiten respektiert, auch wenn sie nicht seine Ansichten teilen. Sollte er sich bemächtigt fühlen auch mich in der nächsten Nummer des Tabak-Arbeiter anzugreifen, so sage ich ihm schon jetzt im voraus meinen besten Dank und rechne ihm als geistig beschränktem Menschen die Sache nicht so hoch an.

Noch ein Wort zur Invalidenrente eines Gauleiters. Die 60 A monatlich, welche Vorstand und Ausschuss dafür ausgelegt haben, werden jetzt ebenfalls einer lebhaften Kritik unterzogen. Man kann darüber von den einzelnen Kollegen und Jahressellen alles mögliche lesen, nur irgendwelches soziales Empfinden kann man nicht dabei herauslesen. Es wird ohne Überlegung darauf los geschrieben, A. B. wenn nun alle Gauleiter und Verbandsbeamten pensioniert werden, dann bleibe für die Mitglieder überhaupt nichts mehr übrig. Die Kollegen, die derartige schreiben, müßten eigentlich wissen, daß sie Unsinns schreiben. Der Gauleiter, um den es sich hier handelt, ist Zeit seines Lebens für den Verband tätig gewesen, leider war er, bis zum Schlusse unbeschäftigt. Daraus ergibt sich, daß für denselben irgendwelche sozialen Beiträge aus der Verbandskasse nicht geleistet wurden, während die heute angestellten Kollegen in der Angehörigenversicherung versichert sein müssen, außerdem gehören sie der Unterstützungsstufe in der modernen Arbeiterbewegung Angehörigen an. Für diese Angestellten wird in den Jahren ihrer Diensttätigkeit gesorgt, daß sie bei Invalidität, Unfall oder zunehmendem Alter in der Lage sind, eine Rente zu beziehen. Da braucht der Verband irgendwelche Zuschüsse nicht zu gewähren. Nicht in die Anwartschaft, alle Beamten zu pensionieren, hinsichtlich, hinsichtlich, Gauleiter hat eben, wie schon erwähnt, der Verband irgendwelche Beiträge nicht geleistet; der Kollege ist in keiner Kasse versichert gewesen, aus denen er nun etwas bekommen könnte. Der Vorstand und Ausschuss ist höchstwahrscheinlich aus diesem Grunde zu seinem Beschluss gekommen, die Unterstützung zu gewähren. Von einem weitgehenden Beschluss kann wohl keine Rede sein, eher ist derselbe etwas sehr engherzig ausgefallen. Die Kollegen werden ja auf der nächsten Generalversammlung Gelegenheit haben, bei Abstimmung über diesen Beschluss ihr soziales Empfinden offen zu bekunden.

Ich möchte den Vorstand ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß wir möglichst schnell die Jahresabrechnung erhalten, damit wir über den Stand des Verbandes und unsere Finanzlage unterrichtet werden. Unterstützung tut dringend not; jetzt kann man nur nach den Erfahrungen aus der eigenen Jahressellen urteilen. Wenn die Verhältnisse liberaler so sind, wie hier in Spremberg, daß wir zeitweise 20 Prozent der Mitglieder arbeitslos haben, und im vierten Quartal 1912 35 Prozent der Einnahmen an Unterstützungen ausgezahlt wurden, im 1. Quartal 1913 wird das Resultat ebenfalls wieder so sein, dann kann man wohl den Schluss ziehen, daß es mit unseren Kasseeverhältnissen nicht sehr rosig bestellt sein wird. Wir müssen fest und treu zusammenhalten, um aus dieser Situation herauszukommen. Wollen wir in dieser Weise fortfahren, wie es jetzt im Tabak-Arbeiter geschieht, uns gegenseitig zu befehlen, dann allerdings sind unsere Unternehmer die lachenden Dritten. Dieses zu verhindern, muß unsere Aufgabe sein. Die Einnahme der Tabak-Arbeiter allerorts sind aufbesserungsbedürftig. In Lohnbewegungen können wir nur dann eintreten, wenn unsere Kasse gefüllt ist; ohne Geld in der Kasse sind wir nichts, und wenn wir noch so laut schreien. Darum ist es doppelt die Pflicht jedes Einzelnen, dafür zu sorgen, daß die Verbandskasse durch Unterstützungen nicht derartig in Anspruch genommen wird, daß die Aktionsfähigkeit darunter leidet.  
Spremberg, 21. 3. 1913. A. Hoffmann.

## Berichte.

**Sodenheim.** Am 16. März tagte unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz und Beschlussfassung über die Anstellung eines Ortsbeamten; 2. Kartellbericht; 3. Wahl der Agitationskommission; 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt berichtet Kollege Koch, und führte u. a. folgendes aus: Die in letzter Versammlung gewählte Kommission habe ihre Aufgaben erfüllt. Am 9. Februar habe sie eine Bezirkskonferenz abgehalten, auf der sämtliche eingeladenen Orts-Schweigingen, Osterheim, Waldorf, Keilingen, Reulshausen, Mühlheim und Sodenheim, durch mehrere Delegierte vertreten waren. Der Gauleiter Kollege Stodt hielt dort ein Referat, worin er die Bedeutung und den Wert der Anstellung für unseren Bezirk besonders beleuchtete. Er wies durch rechnerische Aufstellungen nach, daß, wenn sämtliche umliegenden Orte sich zu einer Jahressellen verschmelzen, es möglich ist, einen Beamten anzustellen; die jetzige Mitgliederzahl reichte schon dazu aus. Der Lokalbeitrag von wöchentlich 3 A sei fast in allen Orten eingeführt und brähe zusammen, bei einer Beitragsleistung von 48 Wochen pro Mitglied und Jahr, eine Einnahme von rund 3600 A. Es stehe diesem eine Ausgabe von rund 3600 A gegenüber, wobei die verschiedensten Postitionen so hoch angelegt sind, daß sie jedenfalls nicht erreicht werden. Die Lokalstellen zusammen haben heute einen Bestand von über 1000 A. In Punkt Agitation und Erledigung der Geschäftsführung werden alle Orte einen Vorteil haben, nicht zuletzt Sodenheim, wo das Amt des 2. Bevollmächtigten bei der steigenden Mitgliederzahl auf die Dauer im Nebenamt nicht mehr zu erledigen ist. Mit den Orten, wo unsere Organisation noch nicht Fuß gefasst habe, können in unserem Bezirk 11 Orte mit 81 Betrieben und 5660 Arbeitern und Arbeiterinnen in Betracht. Wenn dieser Bezirk durch die Anstellung eines Ortsbeamten die richtige Bearbeitung erfährt, wird die gesamte Tabakarbeiterchaft den Nutzen davon haben. An der Diskussion über das Referat haben die Vertreter aller Orte teilgenommen. Nachdem das für und Wider genau besprochen und geprüft war, nahmen die Delegierten zum Schluss einstimmig eine Resolution an, worin die Verschmelzung und Anstellung eines Ortsbeamten gutgeheißen wird und die Delegierten sich verpflichten, in dem Sinne in ihren Mitgliedschaften zu wirken, um den Plan auch zur Verwirklichung zu bringen. Kollege Koch erucht nun die nächste Mitgliedschaft, sich in dieser Frage gründlich auszusprechen; er erwartet ihre Zustimmung. In der Diskussion erklärte Kollege Kraus, daß er ein Gegner der Anstellung sei, weil die Kollegen, die sich an der Agitation beteiligen, bei der S. G. E. arbeiten und wegen ihrer Tätigkeit betr. ihres Arbeitsverhältnisses nichts zu fürchten hätten. Es ist die ganze Zeit so gegangen, es ging auch noch weiter. Ein Beamter könnte die Agitation auch nicht besser entfalten, weil die Kollegen bei Hausagitationen sich so wenig beteiligen. Er gibt dann auch eine rechnerische Aufstellung bekannt und hegt die Befürchtung, daß bei Annahme des Vorschlages bald mit einer Lokalbeitrags-erhöhung zu rechnen sei. Da zu erwarten sei, daß die Verbandsbeiträge in absehbarer Zeit eine Erhöhung erfahren werden, so wäre das für die Mitglieder peinlich und die Lasten unerträglich. Die Mitglieder sollen sich die Sache reiflich überlegen. In Dramen war man auch schon so weit, und die Mitglieder haben es in ihrer letzten Versammlung auch abgelehnt. Kollege Beckert schließt sich den Ausführungen von Kraus an und betont, daß die Extrabeträge im vorigen Jahre uns großen Mitgliederverlust gebracht haben. Die Verdienste bei uns seien zu gering. Er hofft die vorläufige Unterstützung. Reichel (Gortier) stimmt dem Vorgehen bei. Die Agitation kann auch so gemacht werden, wir haben Beamte genug.

Kollege Meyer spricht gegen die Anstellung; dieses ist die Meinung der Mehrheit der Karteller. Kollege Wegger ging dann auf die ganze Sache näher ein. In längeren Ausführungen wies er die Notwendigkeit der Anstellung nach, stellte verschiedene Punkte richtig, und empfahl den Mitgliedern, ihre Zustimmung zu geben, da es im eigenen Interesse der Mitglieder liege. Kollege Beckert spricht nochmals dagegen. Die Diskussion soll von der Agitationskommission gemacht werden. Er macht den Vorschlag, für diese Kommission 600 A jährlich aufzuwenden. Kollege Beckert stimmt ihm auch gegen die Anstellung. Kollege Koch weist die persönlichen Angriffe, die gegen den Kollegen Wegger während der Debatte gerichtet waren, zurück und stellt die Sache richtig. Er stellt fest, daß der Plan schon früher angelaucht war, nur die erforderliche Mitgliederzahl war damals noch nicht vorhanden. Die nun vorgenommenen geheime Abstimmung ergab die Ablehnung mit 60 gegen 14 Stimmen. Der Kartellbericht gab Kollege Reichel. Aus demselben ist zu entnehmen, wie die Maßfeler gebacht ist. Morgens Ausflug nach Osterheim, nachmittags Umzug und Versammlung, darauf Konzert und Theater. Ferner sollen Erhebungen gemacht werden über die Gründung eines Kreisverbandes. Diese Frage lief eine lebhaft Debatté hervor, woran sich die Kollegen Dr. Kraus, Schöffler, Hantsch und Jost beteiligten. Zum dritten Punkt berichtet Kollege Kraus über die selbsterwählte Tätigkeit der Agitationskommission und betont hierbei, daß sich die Kollegen im allgemeinen schlecht beteiligen. Da die bisherigen Mitglieder eine Stimmwahl abgelehnt haben und keine weiteren Vorschläge gemacht wurden, würde die Wahl vertagt werden. Einem Kollegen, der in eine Postlage geraten ist, wird aus der Lokalkasse eine Unterstützung gewährt. Kollege Kraus spricht noch für Gründung einer Kameradschaft und stellt den Antrag, diesen Punkt in der nächsten Versammlung besonders zu behandeln. Der Antrag wurde abgelehnt und dem Kartellbelegten anheimgegeben, diese Sache im Generalkartell zu verfechten. Es wurden noch einige Anfragen erledigt.

**Nordhausen.** Unterstützungsfrage oder Kampforganisator? Das war die Kernfrage, um der sich am 18. März eine recht gut besuchte Mitgliederversammlung abspielte. In der Hand reichlichen Materials wiesen der Lokalbeamte sowie der Gauleiter nach, daß es endlich an der Zeit sei, Einrichtungen im Verbande zu schaffen, die es ermöglichen, daß die in Zukunft drohenden großen, harten und schweren Kämpfe auch mit Erfolg für die gesamten Tabakarbeiter durchgeführt werden können. Der immer mehr betriebene Zusammenschluß der Unternehmer zu Kartellgesellschaften, ja sogar zu Trusts, sei vor allem darauf gerichtet, die schon jetzt in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen schlecht gestellten Tabakarbeiter noch mehr niederzubrüden und deren Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Wenn auch ohne den Unterstützungsformen auf sozialem Gebiet in dem Verbande nicht mehr auszukommen sei, so müßten die Redner gleichlautend aus, so müßten die statutarischen Bestimmungen doch so gefast werden, daß die Organisation, wenn ein Kampf ausbricht, finanziell so gestellt ist, daß der Kampf nicht zum Schaden der Mitglieder ausläuft. Der Zweck des Verbandes müsse vor allem darauf gerichtet sein, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter entsprechend zu unterstützen. Eine Kampfunterstützung sei die Arbeitslosenunterstützung, und diese müsse im Interesse der Mitglieder ausgebaut und andere Auswüchse auf dem Gebiete der Unterstützungsformen bekämpft werden. Nirgendwo sei es möglich, die Tabakarbeiter zu wirklichen Klassenkämpfern gegen das ausbeutende Unternehmertum zu erziehen. Auch sei es möglich, dem Treiben einiger Jahressellen Einhalt zu tun. Die Verwaltung hat die in einer Sitzung der Vertrauensmänner gebildeten Wünsche, die die Verbandseinrichtungen betreffen, zu einer Resolution zusammengefaßt und empfiehlt sie der Versammlung zur Annahme. Die sich anschließende Diskussion war eine äußerst rege, und wurden noch verschiedene Wünsche, die die Bekämpfung der Beitragslasten, Aenderung der Unterstützungsleistungen, die Beitragszahlung usw. betreffen, laut. Das Gebären der Kollegen in verschiedenen Jahressellen wird scharf verurteilt. Die Redner waren sich aber darin einig und trugen es unter Befehl der Versammlung aus, daß der Kampfscharakter des Verbandes mehr wie bisher herausgehört werden müsse. Folgende Resolution, die die Vertrauensmänner und die Lokalverwaltung vorschlugen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

### Resolution:

„Die am 14. März stattgefundene Sitzung des Vertrauenskörpers des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Jahressellen Nordhausen, erkennt nach den Ausführungen des Ortsbeamten Schmidt an, daß eine präzisere Fassung des Statuts, die Unterstützungsleistungen betr., nötig ist. Die jetzige Fassung des Statuts ist dazu angetan, Mißverständnisse und falsche Auffassungen über den eigentlichen Zweck des Verbandes unter den Mitgliedern auszulösen zu lassen. Sie bedauert die Polemiken im Tabak-Arbeiter von etw. innew. Jahressellen und empfiehlt, daß derartige Auseinandersetzungen zum Schaden der Organisation beitragen. Die Vertrauensmänner sind mit den Vorschlägen einiger Kollegen einverstanden, die die Bekämpfung der Arbeitslosenunterstützung bei Inventuren und anderen ähnlichen Arbeitsunterrechnungen fordern. Ebenfalls fordert der Vertrauenskörper von dem Verbandsvorstand möglichst sofort durch Einberufung einer Generalversammlung, die Unterstützungsfrage mit der Beitragszahlung in Einklang zu bringen. Er glaubt, daß es dadurch möglich ist, die eigentlichen Aufgaben des Verbandes - Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder usw. - durchzuführen und dem Verbands den wahren Kampfscharakter zu geben.“

Von mehreren Kollegen wird der Beschluss des Vorstandes betr. Unterstützung eines arbeitsunfähig gewordenen Gauleiters z. B. Schmidt, dem H. Schmidt entgegengetritt. Die übergroße Mehrheit der Versammlung erkennt den Beschluss des Vorstandes an, mit der Motivierung, daß in diesem Falle nicht anders gehandelt werden konnte. Unter Geschäftlichem weiß Kollege Meyer darauf hin, daß es dringend notwendig ist, bevor man sich nach anderer Arbeit umsehe, der Vertrauenskörper Mittelung zu machen. Es würde bei einem Verbandsangebot von Arbeitskräften das Arbeitsverhältnis der in den einzelnen Betrieben Beschäftigten stark beeinträchtigt, deshalb empfehle sich, was Redner verlangt. Kollege D. Schmidt schließt sich dem an und bittet, es zu beherzigen.

**Obb. Die Sektionsversammlung der Karteller und Arbeiterbeleger, welche am 16. März tagte, war ausnahmsweise gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. An- und Umbildung; 2. Arbeitsnachweis; 3. Bericht von der Betriebsversammlung der Firma Stockmann; 4. Streitfrage zwischen den Kollegen Leckgraber und Tischerdorf; 5. Verschiedenes. Unter Punkt 1 gab Kollege Franke einleuchtend über die An- und Umbildung bekannt. Vor allem hat man sich nicht über Sektionsleiter, sondern bei dem Bevollmächtigten des Verbandes an- und abzumelden; es dürfe sich niemand auf diese Weise von der Zahlung des Lokalbeitrages brüden wollen. Die Betriebsversammlung der Kollegen der Firma Stockmann, welche am 8. März stattgefunden hat, wählte die Kollegen Reichel, Tischerdorf und Jähnert in den Arbeiterausschuss. Eine längere und heftige Debatte entspann sich über die Angelegenheit der Kollegen Leckgraber und Tischerdorf, die persönlicher Natur war. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die am 15. März stattfindende Sektionsversammlung verurteilt scharf das Verhalten des Kollegen Leckgraber gegenüber den Kollegen Tischerdorf, und hofft, daß durch diesen Streitfall dem Verband keine Schwierigkeiten erwachsen, anderenfalls ein schärferes Vorgehen erforderlich werden würde. Unter Punkt Verschiedenes leitete Kollege Leckgraber sein Amt als 2. Sektionsleiter nieder, behält aber die Stelle als Fabrikarbeiter. Es machte sich die Wahl eines zweiten Sektionsleiters nötig, doch wurde die Wahl bis zur nächsten Versammlung verschoben. Ein von Kollegen Dehmling eingebrachter Antrag, einem seit längerer Zeit erkrankten Kollegen 10 A als Unterstützung aus der Lokalkasse zu bewilligen, fand einstimmige Annahme. Ein Antrag des Kollegen Böhler betr. Regulierung des Statuts der Sektion wurde angenommen.“**

## Eingegangene Literatur.

Romanische Einigungsfrage ist der Zeitartikel betitelt, der in der jeden erscheinenden Nummer 10 der Romanischen Pragler veröffentlicht ist. Die weiteren Artikel befassen sich mit folgenden Themen: Mutterherberge in Leipzig. - Zwei Arbeitervereine: 1. Hagen, 2. Wandersberg. - Organisation der Arbeitervereine. - Auslandsarbeit in Offenbach a. M. - Arbeitervereine.



gang in Ost- und Westpreußen. — Politische Zustände in den ländlichen Bezirken Ostpreußens. — Wohnungspolitik einer ländlichen Landgemeinde. — Verträge gegen das Gemeindefürsorgegesetz in Preußen. — Schulden und Vermögen deutscher Städte. — Das Vermögen der bayerischen Gemeinden. — Belehrung in der Hygiene. — Entbindungskontrollen in Preußen. — Einführung der eigenen Regeln am Stadthaus in Breslau. — Zur Berufsverbandschaft in Berlin. — Zentralstelle für Wohnungsversorgung im Königreich Sachsen. — Wohnungsnot in Sachsen. — Gartenstädte. — Frauen in der Wohnungsnot. — Angelegenheitenversicherung und städtische Angelegenheiten. — Krankenkassenfragen in Frankfurt a. M. — Das Neubauer Festschriftswerk. — Groß-Berlin und die Waldbank. — Kommunale Mitarbeit der Frau in Bayern. — Vereine und Versammlungen. — Literarisches. — Aus den Gemeinden. — Wir haben, wieder einmal eine Inhaltsangabe einer einzelnen Nummer abdrucken zu lassen, weil dadurch am deutlichsten bewiesen wird, wie vielseitig das Gebot ist, das die „Kommunale Praxis“ behandelt, und wie wichtig die Lektüre derselben für jeden am Gemeindefürsorge Interessierten ist. Stadtverordnete und Gemeindevorsteher können die „Kommunale Praxis“ kaum noch entbehren. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postanstalten entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Das Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler, das Genosse Paul Hirsch bearbeitet hat, ist rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfes in dritter Auflage erschienen. Die neue Auflage unterscheidet sich von den früheren schon äußerlich dadurch, daß der Stoff — einem praktischen Bedürfnis entsprechend — alphabetisch angeordnet ist. Aber auch der Inhalt des Buches, das erst im Januar dieses Jahres abgeschlossen, also bis in die jüngste Zeit fortgeführt ist, ist ein weit reichhaltigerer. In mehr als 150 Artikeln sind die verschiedensten Zweige der preussischen Gesetzgebung und Verwaltung nach ihrer Bedeutung mehr oder weniger ausführlich behandelt. Von eingehendsten beschäftigt sich das Buch mit allen Fragen, die auf die Verfassung und das Wahlrecht Bezug haben, mit dem Schulwesen, dem Steuerwesen und den Arbeiterfragen. Aber auch die übrigen Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung kommen voll zu ihrem Recht.

Der Verlag hat auf die Ausstattung des Buches große Sorgfalt verwendet. Trotz eines Umfangs von fast 600 Seiten ist es möglich, das gut gebundene Buch in der Tasche zu tragen, so daß unsere Agitatoren in Versammlungen jederzeit mit Material ausgerüstet sind. Das Werk wird unseren Genossen eine gute Waffe in dem Wahlkampf sein.

Der Preis beträgt 5 M. Zu beziehen in das Handbuch durch alle Buchhandlungen. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. Stellploh. (Heft 88 der Arb.-Ges.-Bibliothek). Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Der erfahrene Augenarzt behandelt in klarer, gemeinverständlich Sprache den wertvollsten Sinn des Menschen, seine Lage und seinen Bau, das Sehen beim normalen, kurzfristigen und weitfristigen Auge, die Augenentzündung der Neugeborenen, die heute noch mehr als 10 pSt. aller Erbkrankungen verursacht, die tropfartige Augenentzündung, welche so verbreitet unter den Arbeiterkreisen ist, so viele von ihnen im Sehen, in der Berufswahl behindert, die Berufsangelegenheiten des Auges: Verletzungen, Blindheitstataren und innere Augenkrankungen. Am Schluß bilden kürzere Abschnitte über das Trachom (die Hornhautentzündung oder ägyptische Augenentzündung), über Geschlechtskrankheiten und Allgemeinerkrankungen in ihren Beziehungen zum Auge, über den Star, über Altersveränderungen am Auge und über Störungen des Sehens durch Tabak und Alkohol.

Ein Durchschnitt durch das Auge erleichtert das Verständnis des Textes und dürfte mit zur Ausbreitung des Heftes in unseren Arbeiterkreisen beitragen.

Der Preis ist wie bei allen bisher erschienenen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 20 s. In besserer Ausgabe 50 s. Vorrätig halten es alle Parteibuchhandlungen.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 30 s. Aus der Serie der Führer durch die Reichsversicherungsordnung ist nunmehr auch der vierte die Krankenversicherung erschienen. Er reiht sich würdig denen durch die Unfall- und durch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung an. Das weitläufige und darum für den Laien so wenig übersichtliche zweite Buch der Reichsversicherungsordnung ist von einem bekannten Sachkenner dieser schwierigen Materie in knappen, aber und dadurch rasch informierenden Kapiteln dargestellt. Besonders ist dabei Gewicht gelegt worden auf die Leistungen der verschiedenen Klassen, also auf die Rechte der Klassenmitglieder, ein Kapitel, das nicht nur von den neu in die Versicherung Einbezogenen, den Landarbeitern und dem Gefinde, sondern auch von den bisher schon Versicherten mit Interesse gelesen werden wird. Die vielen sonstigen Veränderungen, die die Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung außerdem gebracht hat, werden natürlich mit der gleichen Sorgfalt behandelt. Das billige Büchlein ist gut ausgestattet und mit einem ausführlichen Sachregister versehen.

Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Expeditionen. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratie Preußens. Abgehalten in Berlin am 6. bis 8. Januar

1918. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 1,25 M. Aus dem Inhalt: Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. — Bericht der Landtagsfraktion. — Die Landarbeiterfrage in Preußen. — Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. — Leitfäden für die Landtagswahlen. — Statut der Landesorganisation für Preußen. — Das Protokoll, das für jeden Interessenten weit über die Grenzen Preußens hinaus zur Beurteilung der preussischen Zustände von Wichtigkeit ist, kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden. Die preussischen Landtagswahlen. Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Vom Landtagsabgeordneten Robert Leinert. Preis 30 s. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Ein unentbehrliches Heftchen für die Agitation zu den Landtagswahlen. Organisationen erhalten bei Massenbezug bedeutend ermäßigte Preise.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein von Künstlerhand illustriertes Heft zum Preise von 10 s. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postanstalten entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, auf Wunsch kostenlos.

Die neue Reichs-Versicherungsordnung hat grundlegende Veränderungen in der sozialen Gesetzgebung gebracht. Diese machte eine neue Bearbeitung der kleinen Führer notwendig, die unsere Frankfurter Parteibuchhandlung herausgibt.

Jetzt liegen diese Heftchen vor, und zwar in drei Heftchen, geteilt:

- Johs. Heiden, Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?
- Johs. Heiden, Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?
- Ed. Gräßl, Was muß der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen?

Preis je 10 s. Die volkstümliche, leicht verständliche Darstellungsweise machen die Heftchen für die Hand des Arbeiters wie geschaffen. Besonders sollten die Gewerkschaften, die Krankenkassen und sonstige soziale Vereine die Anschaffung oder den Vertrieb in Mitgliedervereinen vornehmen oder kostenlos an die Mitglieder abgeben. Bei Großbezug tritt Preisermäßigung ein. Es ist bei der noch herrschenden Unwissenheit durchaus notwendig, daß diese für Arbeiter doch so wichtigen sozialen Gesetze in dieser Ausgabe recht viel Verbreitung finden. Die Buchhandlung Volkstimme Frankfurt a. M., sowie alle anderen Buchhandlungen liefern diese Broschüren.



Soeben erschienen:  
**Liste 202**

**Deutschlands grösstes  
Wickelformenlager**  
für gebrauchte Formen mit ca. 700 Abbildungen. Zusendung kostenlos sofort! . . . .

**ROBERT OEHLE**

**ROHTABAK-  
HANDLUNG**



**BERLIN SO. 26  
Nr 2 COTTBUSER Nr 2  
STRASSE Nr 2**

**Die neueste Preisliste**

ist soeben erschienen und wird jedem Interessenten  
:: gratis und franko zugesandt ::

**Lassen Sie sich dieselbe im eigensten Interesse sofort kommen!**



Schlage, wenn! Auch bin ich nicht mit dem Einheitsantrag des Kollegen Trippe...  
Frankenberg (Sachsen). Richard Werloff.

### Eingefandt.

Was sind die Meinungen in den letzten Wochen wegen § 9 unseres Statuts und dem Vorbehalt eines Gankeleers aufeinander...  
Richard Werloff.

### Eingefandt.

Die letzte Eingefandte in den letzten Nummern des Tabak-Arbeiter...  
Richard Werloff.

### Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.  
Karl Detmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Rudolf Kienbock, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

### Bekanntmachungen.

Außerordentlicher Verbandstag.  
Unseren Verbandsmitgliedern zur Kenntnisnahme, daß der Vorstand...  
Bremen.

### Jahresbericht für 1912.

Der Vorstand beabsichtigt, den Jahresbericht für 1912 baldigst...  
Bremen.

### Zur Beachtung!

In letzter Zeit sind bei den Fragen an uns gerichtet worden, unter welchen Voraussetzungen den Mitgliedern des Verbandes...  
Bremen.

Ausgeschlossen nach § 16 wurden ferner die Zigarrenmacher Joh. v. Schor aus Antwerpen (Belgien), augen. am 24. 3. 1912, S. II 38 277, Nr. 5, und Joh. Frison aus Duffel (Belgien), augen. am 1. 10. 1911, S. II 26 489, Nr. 5.

Die Beschlüsse liegen folgende Tatsache zugrunde: Der Zigarrenmacher Joh. v. Schor meldete sich am 4. 2. 1913 in Bremen an und meldete gleichzeitig seine Wanderkarte als verloren...  
Bremen.

Als verlor wurde gemeldet: Die Wanderkarte lautend auf Wilhelm Seebaldt aus Prenglau, geb. den 14. Mai 1877, eingetr. den 1. Juni 1912, S. II Nr. 16 894. Im Vorzugsfalle ist die Karte zu konfiszieren und an den Vorstand einzuliefern. (Siehe Nr. 729.)  
Bremen.

### Abwesenänderungen.

Breslau: Vom 1. April ab befindet sich das Bureau im Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17 II, Zimmer 39.  
Berlin: Die Nebenabteilung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, für Neubölln befindet sich ab 1. April bei Wilhelm Menz, Neubölln, Neuterstr. 16 IV.  
Rehdenitz: Der 2. Bev. Joh. vom wohnt ab 1. April Rahmenstr. 3.  
Apolda: Der 1. Bev. Martin Köpping wohnt jetzt Loggasse 21, der 2. Bev. Fritz Schulz Altenbacherstr. 29.

### Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-L. = Arbeitslosenunterstützung. F.-L. = Krankenunterstützung.  
Saxburg: A.-L. beim 1. Bev. Adolf Schulz, Wiltorfstr. 48, nur an solche Mitglieder, welche am Ort in Arbeit treten. Arbeitsnachweis dazuliefern.  
Som 18. bis 25. März sind folgende Gelder bei mir eingegangen: B. = Verbandsbeiträge, C. = Extrabeiträge, A. = Annahmen, Z. = Zurückgezahlt.  
15. März: Vera B. 200.—, Burg i. Schweiz J. 6 und G. Kampschreier 62,80. 16. März: Videnbach B. 20.—, 17. März: Eppendorf A. 5.—, b. P. Schubert. Wände A. 10.—, Spenge B. 600.—, Zerbst B. 50.—, Schmolln B. 200.—, Wauken B. 100.—, Droya a. Rh. B. 200.—, Gudenheim B. 100.—, Waldorf bei Gabelberg B. 25.—, Prenglau B. 300.—, 18. März: Guben B. 100.—, Nordhagen B. 1000.—, Scharmbeck B. 200.—, 19. März: Gingenau B. 100.—, Dresden B. 1000.—, Gehlenbeck B. 400.—, 20. März: Ballenbrück B. 25,25, C. 34,75, Tugluch B. 60.—, Praxdorf B. 300.—, Berlin B. 180.—, 21. März: Stolp B. 75.—, Rietzlauren B. 50.—.

### Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Da mit dem 31. März das 1. Quartal beendet, so mache darauf aufmerksam, daß alle überfälligen Gelder noch vor dem 31. März an uns eingezahlt sind, damit dieselben im 1. Quartal...  
Bremen.

werden können. Bei Aufstellung der Abrechnung kommt es häufig vor, daß die Mitgliederbezüge unrichtig aufgeführt, einige gar keine Angaben darüber machen, so daß unsererseits erst Nachfragen gehalten werden muß, um die Eintragung in unsere Bücher machen zu können.

Es empfiehlt sich, als ich nach Schluß des Quartals die Abrechnung genau nach Vorschrift des Rechnungsformulars machen zu wollen, damit unnötige Portoausgaben erspart bleiben.  
Bremen, den 26. März 1913. W. Nieder-Bekand.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.  
15. März: Lobenstein, C. Kopf 7,45. Bremen, C. Bos 1.—, Eisenach, P. Enlich 5.—, Berlin, W. Schulze, Zigarettenfabrik, Wietz, 2. Rate 28,10; Warbatz, 2. Rate 60,20. 17. März: Glinde, C. Wente 10.—, Droya, D. Köhlen 50.—, 18. März: Prenglau, C. Koopfe 10.—, Breslau, B. Krämer 10.—, Eblau, P. Hofmann, 5,30, Schmolln, C. Blau 15,20. 19. März: Spremberg, K. Dederich 15.—, 20. März: Greiz, D. Brandt 5.—, Burgdamm, J. Wollsch 30.—, 21. März: Greiz, F. Brinkmann 12.—.  
Bremen, den 26. März 1913. W. Nieder-Bekand.

### An die Bevollmächtigten.

Der Tabak-Arbeiter-Sendung für diese Woche ist eine gelbe Statistikkarte (Kaiser, Statistisches Amt) beigelegt. Diese Statistikkarte ist für das 1. Quartal 1913 bestimmt und enthält acht Fragen, die für unsere Zahlstellen gewissermaßen zu beantworten sind.  
Man beachte bei der Beantwortung:  
Unter Frage 1 ist anzugeben, wie viele männliche und wie viele weibliche Mitglieder unseres Verbandes am 31. März des 1. Quartals 1913 in der Zahlstelle vorhanden sind. (Bei Beantwortung dieser Frage ist darauf zu achten, daß die Mitgliederzahlen genau angegeben und mit den Angaben über Mitgliederbestand auf den Quartalsabrechnungen übereinstimmen müssen.)  
Unter Frage 2 ist anzugeben, wie viele von den Mitgliedern in der Zahlstelle im 1. Quartal 1913 arbeitslos waren. (Die Zahl derjenigen Mitglieder, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten, sind mit anzugeben.)  
Unter Frage 3 ist anzugeben, wie viele arbeitslose Mitglieder am Sonnabend, den 29. März 1913 in der Zahlstelle vorhanden waren. (Die arbeitslosen Mitglieder, die keine Unterstützung erhielten, sind mit anzugeben.)  
Unter Frage 4 ist anzugeben, wie viele auf der Karte befindliche (wandernde) arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes sich am Sonnabend, den 29. März 1913 in der Zahlstelle meldeten.  
Unter Frage 5, Abs. a) ist anzugeben, wie viele arbeitslosen Tage im 1. Quartal 1913 auf die arbeitslosen Mitglieder in der Zahlstelle entfielen. (Hierbei sind mit einzurechnen die arbeitslosen Tage, die auf die Mitglieder entfielen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten.) Unter Abs. b) sind die gleichen Angaben auch für die im Quartal eventuell durch- oder zugewanderten arbeitslosen Mitglieder zu machen.  
Unter Frage 6 ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder anzugeben, die im 1. Quartal 1913 in der Zahlstelle Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhielten, und zwar unter Abs. a) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die im 1. Quartal 1913 durch- oder zugewandert sind.  
Unter Frage 7 ist die Zahl der Tage anzugeben, für welche im 1. Quartal 1913 in der Zahlstelle Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, und zwar unter Abs. a) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die im 1. Quartal 1913 durch- oder zugewandert sind.  
Unter Frage 8 sind die Unterstützungssummen anzugeben, die im 1. Quartal 1913 in der Zahlstelle an arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes ausgezahlt wurden, und zwar unter Abs. a) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die im 1. Quartal 1913 durch- und zugewandert sind.  
Streikende, ausgesperrte, gemagregelte und kranke Mitglieder dürfen bei dieser Statistik überhaupt nicht mitgezählt werden.  
Die für das 1. Quartal 1913 bestimmte Statistikkarte muß bis zum 5. April 1913 an den Vorstand eingeleitet sein.  
Wir ersuchen nun die Bevollmächtigten, diese Statistikkarte gewissenhaft zu beantworten und rechtzeitig an den Vorstand einzuliefern.  
Zahlstellen, von denen kein Bericht eingeht, werden veröffentlicht.  
Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten, müssen dies sofort dem Bureau mitteilen.  
Bremen. Der Vorstand.

### Mitglieder-Verfammlungen.

Jeder ernstliche Gewerkschafter besucht regelmäßig die Versammlungen!  
Freitag, den 28. März:  
Minden: Ab. 7 Uhr, Kriegerheim. L.-D.: Tabakindustrie und Tabakarbeiter. Ref.: Kolb. Niendorf-Bremen.  
Sonnabend, den 29. März:  
Blaho: Ab. 8 1/2, Kaiseraal. L.-D.: Tabakindustrie und Tabakarbeiter. Ref.: Kolb. Niendorf-Bremen.  
Sonntag, den 30. März:  
Gerringhausen: Nachm. 2 1/2, b. Böhle. L.-D. wird dort bekannt gegeben.  
Wilde: Nachm. 4. L.-D.: Tabakindustrie und Tabakarbeiter. Ref.: Kolb. Niendorf-Bremen.  
Gehlenbeck: Nachm. 2 1/2, b. Sander. L.-D.: Was müssen die Tabakarbeiter vom preussischen Einkommensteuergesetz wissen? Ref.: Kolb. Niendorf-Bremen.  
Peterswalde: Nachm. 2 1/2, b. Schreyer. L.-D.: Abrechnung, Wahl der Bevollmächtigten und Redatoren, event. Auflösung der Zahlstelle, Besprechung über die Kommissionsarbeit einer auswärtigen Firma. Gaul. Clement wird anwesend sein.  
Spengere: Nachm. 5, b. Helmham. L.-D.: Romopol und Steuerbesprechungen in der Tabakindustrie. Ref.: Gaul. Schlichter.  
Giesburg: Ab. 8, Gute Quelle. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Mühlhausen: Ab. 8 1/2, Kaiser Wilhelm. L.-D. wird bekannt gegeben.  
Weihenfels: Ab. 8, Volkshaus. L.-D. wird dort bekannt gegeben.

### Gestorben:

Am 11. März zu Partha Olma 66 Jahre alt.  
Am 14. März zu Harno 88 Jahre alt.  
Am 14. März zu 54 Jahre alt.  
Am 14. März zu 74 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!



# H Vorstenlanden= Sandblatt= Decken

aus der Einschreibung vom 18. März d. J.

- No. 1870. Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart und deckfähig wie Sumatra, prachtvolle Farben ..... M. 5.80
- No. 1871. Vollblatt 2. Länge, hellmatt, zart wie Sumatra, wunderschöne Farben ..... " 5.20
- No. 1872. Vollblatt 1. Länge, mattfahl, deckfähig, hochfeine Farben ..... " 5.—
- No. 1873. Vollblatt 2. Länge, hellmatt, edel ..... " 3.80
- No. 1874. Vollblatt 2. Länge, graumatt und vielfach dunkelmatt, hochelegante Farben ..... " 3.80
- No. 1875. Vollblatt 2. Länge, mattsgrau, zart, ausserordentlich schön ..... " 3.50

**Diese Vorstenland-Sandblätter brennen schneeweiss!**

In der Einschreibung vom 19. März kaufte ich die geschlossene Partie

## 445 Ballen Loros/AB

Bezoeki-Aufarbeiter von feinsten Qualität, ganz leicht auf der Hand, blattig, tadelloser Brand. Preislage verzollt von M. 1.25 ab bis M. 1.40. Transitpreise für ganze Ballen von 50 ab.

Einzelofferte erfolgt in der nächsten Nummer dieser Zeitung.

Decken Sie jetzt Ihren Bedarf!

# Heinrich Franck

Gegründet 1870

Postcheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4353

Berlin N. 54  
Brunnen-Strasse 22

# F Sumatra-Sandblätter

aus den Einschreibungen vom 7. und 14. März

- No. 1860. Vollblatt 1. Länge, weissgrau fahl, reinfarbig, das denkbar schönste in jeder Beziehung ..... M. 24.—
- No. 1861. Vollblatt 2. Länge, weissgrau fahl, wunderschön... .. 16.—
- No. 1862. Vollblatt 2. Länge, hellgrau fahl, wunderschön ..... 12.—
- No. 1863. Vollblatt 2. Länge, graufahl, hochfein, edel ..... 7.—
- No. 1864. Vollblatt 2. Länge, hellmatt hell, viel matt ..... 5.80
- No. 1865. Vollblatt 1. Länge, weissfahl, edel, prachtvoll ..... 18.—
- No. 1866. Vollblatt 2. Länge, hellmatt, edel, hochfein ..... 10.—
- No. 1867. Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig, elegant ..... 9.50
- No. 1868. Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig, elegant ..... 8.—
- No. 1869. Vollblatt 2. Länge, Borneo-Sandblatt, hellmatt ..... 7.50

**Diese Sandblätter brennen schneeweiss!**

Ich bitte

um baldige Bemusterungsaufträge, da die Auswahl in fahlen Sandblättern in der neuen Ernte nur klein ist und besonders Vollblätter zweiter Länge sehr schwer zu beschaffen sind.

### Geldnot

Es hat wieder der furchtbare Geldnot. Stellen Sie heraus, so lassen Sie am meisten Geld. In dem Millionenplan erhalten Sie von

**Millionen**  
Mitteln, Anzeigen, Deckung nur wenig gekostet, weil wir viele, viele auf Seite gerichtet haben. Sie kaufen reich und billig nur bei

**M. Diamond, München**

Buttenfelderstrasse 5

Bestellen Sie noch heute eine Bestellung, wenn Sie noch Zeit haben, so lassen Sie am meisten Geld. In dem Millionenplan erhalten Sie von

**Saffo-Anzüge, 1- und 2-stufig ..... von M. 10-40**

**Schneid-Anzüge ..... " 7-35**

**Schneid-Anzüge, schwarz und Rotfarben ..... " 10-40**

**Brust- und West-Anzüge ..... " 10-45**

**Eingewebe Westen und Westen ..... " 3-10**

**Modische engl. Hüden, 1- und 2-stufig ..... " 6-30**

**Frühjahrs-Überzieher ..... " 4-18**

**Sammi-Büchlein in allen Farben ..... " 24-30**

**Stadt-Perle ..... " 60-200**

Größe Abhaltung für höchste neue Garmente zu niemand billigen Preisen.

Hilfe ungeschickter, da für richtigerweise etwas ungeschickter das sich nachgeben oder auf Wunsch umgeschickt wird.

Versand nur per Nachnahme.

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3948 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

empfehlen in bester Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decke, hellmatt, 185, 200, 220, 240, 260, 280, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 480, 500 ab

Sumatra-Umbli, hellmatt, 155, 180 ab

Java-Decke dunkel 220 ab, hell 280, 285, 300, 320 ab

Java-Umbli 140, 155, 160, 165 ab

Java-Einlage 95 ab, mit Umbli 110, 120, 130 ab

Vorstenland-Decke 200, 225, 300, 320 ab

Brasil-Decke 175, 200, 220 ab

Brasil-Einlage u. Umbli, leicht u. leicht trocken, 185, 190, 140, 150, 160 ab

**Wickelformen** (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150 ab)

Schiffchen-Abdrücke verjende gratis und franco.

Neue, schlechtere Formenpressen mit Flachgewinde, besonders hart gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 Mk. Gummi-

Tragband, allererste Ware, größte Reichweite, per 100 ab, Zigarren-

band pro 50 Meter-Rolle, gefärbt 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 ab,

Bestandteilband, grau und schwarz, pro 100 Meter-Rolle 150 ab. [9

Preis per Pfund verzollt einschließlich Verzollung. Versand nur unter Nachnahme

Offiziere des hundert Zentner

## gemächte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 ab, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franko

Bestellung. Günstige Mischung zu 5 ab-Zigaren. Zu Probe gratis

und franco. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Pfostenwallstr. 9

Bestelltes Rohstoff-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

## Meyer & Weiss, Rohstoffe, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postcheckkonto: Hannover

No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Esrogpreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Be-

gleitschein I und II ab eigener Lager ohne Kosten, auf Wunsch

bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zeitkredit.

Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.

Nur tadelloser weiler brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den

besten Qualitäten.

Grünes Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Baragua usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkonto aller Sorten auf Wunsch.

Gutenhaltene Proben ausverkaufter Tabake. Durchschnittspreis

für I. Sortierung per Pfund 3.00 Mk. verz.

II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz.

III. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.

von Umbli- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund

1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschlittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt

1.10 Mk. verzollt.

Postkonto von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten

Bestellung. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!

**Krian** Vorstenland-Kehrdecker No. 7316

1. Länge Vollblatt, helle stumpfe Far-

ben per Pfund Mark 3.50 verzollt.

**Tingi** Bezoeki-Umbli No. 7294, ff. Quali-

tät, 1. Länge per Pfund Mark 1.65

verzollt.

Verlangen Sie meine neueste Rohstoff-Preisliste!

Neu eingetroffen!

**Gebrauchte Formen**

In sehr vorteilhaften Facons je nach

Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an

Bemusterte Offerte sofort

gratis und franko :-:

Für Messen Musterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg:

S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

## August Durlacher

Mannheim 2, B. 7, 9

Alle Sorten Tabake verzollt

und verzollt inkl. Wert-

steuer. Reelle Bedienung. Ver-

sand gegen Nachnahme mit

3 % Skonto. Abgabe jeden

Quantums. Gr. Formenlager.

## Carl Roland, Berlin SO. 26

Rottbühlstr. 4. [5

Sumatra-Tobak M. 1.00, 2.50,

3.20, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00. Sorten-

land-Dedon M. 2.70, 3.10, 3.60.

Java-Einlage M. 1.20, 1.30, 1.40.

Java-Umbli M. 1.75, 1.85. Brasil

M. 1.30, 1.50, 1.85. Alle anderen

Tabake billigst; reelle Bedienung.

## Rohstoff-Handlung

Hengjoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale Berlin N.,

Brunnenstr. 25. [25

## Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10

Alle Sorten im- u. ausländi-

cher Tabake zu billigsten

Tagesspreisen, inkl. Zoll- u. Wert-

steuer. Post-Versand per Nach-

nahme. Ziel nach Uebereinkunft

bei Abgabe von Ia. Referenzen.

**Rohstoff-Handlung**

Sumatra-Decke, hell, Matthe

8. Länge mit tadellosem Brand,

à 3 Pf. 380 ab. — Borkenland-

Decke, 1. Länge, dunkel, hell

Erjab, à 3 Pf. 280 ab.

H. Hünemann - Bremen

Neustadtswallstr. 105

Telephon 2890

Unsern Kollegen Franz Hünemann

nebst seiner lieben Frau

Bertha Hünemann zu Bremen am

29. März 1911 in dem Hochzeits-

die besten Glückwünsche.

Die Verwaltung Edenhofen.

Dresden.

Dem Kollegen Albert Osterga

nebst seiner Gemahlin zu Silber-

hochzeit die besten Glückwünsche

ausgesprochen. Die Kollegen

H. G. S. S. C. S. S. S. S.

Dresden.

Ebenholz 70 ab. — Dresden 60 ab.

## H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt reelle, billige —

Sepp-Sandwiches feinsten Tabak

empfehlen

Sumatra-Decke (schneeweiss)

200, 220, 240, 260, 280,

300, 320, 340, 360, 380,

400, 420, 450, 500 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Java-Decke (hell) 270, 280, 300,

350 ab, (mittel) 200, 220, 240,

250 ab

Java-Umbli (hell, hellmatt)

120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ab

Java-Einlage 95, 100, 105, 110,

115 ab

Vorstenland-Decke 180, 200, 220,

240, 260, 270, 300, 320, 350 ab

240, 260, 270, 300, 320, 350 ab

Brasil-Decke 170, 180, 200, 220,

240 ab

Brasil-Einlage 110, 120,

130, 140, 150, 160,

170 ab

Geschlittene Einlage

Carmen-Umbli 105, 110,

115 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab

Sumatra-Umbli (hellmatt) 140,

150, 160, 170 ab, Stückblatt 130,

140, 150 ab